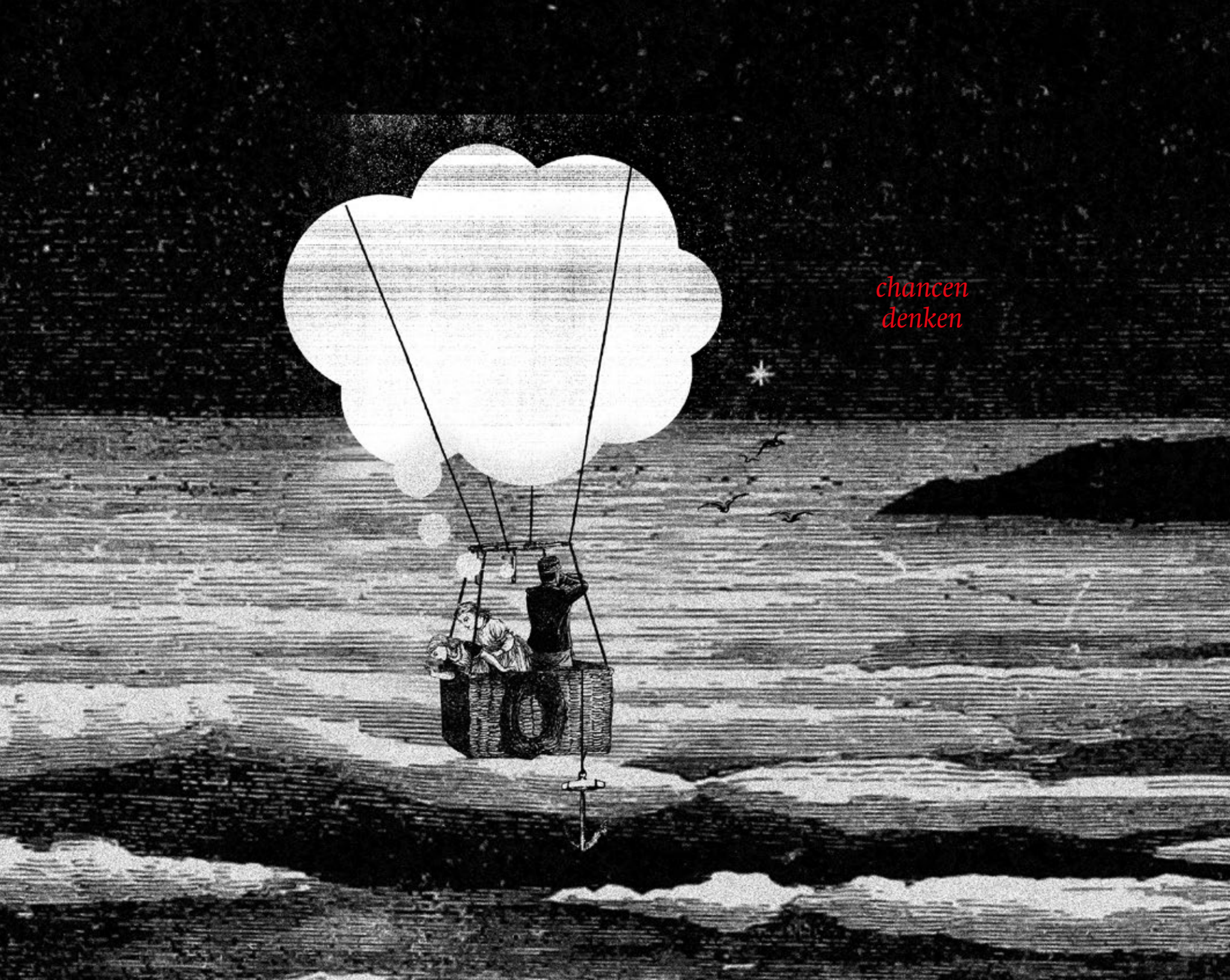
chancen denken

Impulse für eine offene und mutige Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Herausgegeben von der Vodafone Stiftung Deutschland


chancen
denken

Inhalt

Editorial

6
Das New Progressive: Warum ein New Normal nach Corona nicht ausreicht
Von Hannes Ametsreiter

Bildung in der digitalen Gesellschaft chancengerecht gestalten

16
Ich möchte anregen, über den Betrieb als Ort demokratischer Bildung nachzudenken
Ein Gespräch mit Monika Wulf-Mathies

24
Etwas anarchischer, freier, ungewohnter
Ein Gespräch mit Birgit Eickelmann

38
Veränderung auf Knopfdruck
Von Verena Knoblauch

Unsere Gesellschaft innovativ gestalten

50
Gemeinsam Krisen lösen: #WirVsVirus, ein Beispiel für soziale Innovation
Von Johanna Mair und Thomas Gegenhuber

60
Chancengerechte Bildung im Neuen Land
Von Verena Pausder

76
Wir stoßen auf Institutionen, denen es unangenehm ist, dass auf einmal ein neuer Player präsent ist
Ein Gespräch mit Julius de Gruyter und Kai Lanz

Chancen für eine lebendige Demokratie

88
Der Spiegel der demokratischen Identität im öffentlichen Diskurs wirkt zerbrochen
Ein Gespräch mit Udo Di Fabio

100
Die Jugend wird gerade von selbst politisch
Ein Gespräch mit Ricarda Lang und Quang Paasch

112
Soziale Medien und Öffentlichkeit: Gewinn oder Katastrophe?
Von Christian Stöcker

122
Diese Generation ist keineswegs nur auf sich selbst bezogen, sie denkt über nachhaltige Perspektiven nach
Ein Gespräch mit Eva Schulz und Moritz Müller-Wirth

134
Eigentlich ist die Wissenschaft ja ein großer Zuversichtsbetrieb. Wir betreiben sie, weil wir die Welt besser machen wollen
Ein Gespräch mit Andreas Lebert

Das *New Progressive*: Warum ein *New Normal* nach Corona nicht ausreicht

Von Hannes Ametsreiter

Die Corona-Pandemie ist die bisher größte globale Herausforderung des noch jungen 21. Jahrhunderts. In wenigen Wochen hat sie Anfang 2020 weite Teile der Weltwirtschaft, des öffentlichen Lebens und sogar unseres Privatlebens zum Erliegen gebracht. Mit der rekordverdächtig schnellen Entwicklung von Impfstoffen ist Anfang 2021 ein Ende der unmittelbaren gesundheitlichen Risiken in Sicht. Die Auswirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden uns aber noch lange begleiten.

Corona schmerzt. Denn die Pandemie zeigt schonungslos, wo Ungleichheiten und Missstände in unserer Gesellschaft herrschen. Aber Corona lehrt zugleich. Denn es macht deutlich, wo wir umlenken und vorpreschen müssen. Wir haben die einmalige Chance, aus der Krise zu lernen. Aus dem Guten wie dem Schlechten. Große Teile der Wirtschaft wurden geschwächt, andere blühten mit dem plötzlichen Digitalisierungsschub auf. Menschen fühlten sich eingesperrt, andere haben neue Freiheiten entdeckt. Die angespannte Situation hat uns zusammengeschweißt, Teile der Gesellschaft aber auch abgespalten. Zu Beginn des neuen Jahres – eines Wahljahres in Deutschland – gilt es zu erkennen, dass die Disruption Corona uns die Möglichkeit eröffnet, die Dinge komplett neu aufzusetzen und konsequent zukunftsorientiert zu agieren. Diese Chance müssen wir ergreifen!

Fest steht: Corona war der größte Digitalisierungsschub aller Zeiten. Millionen Menschen stellten vollständig um auf Homeoffice, Homeschooling und Home-Entertainment. Die Datennutzung schnellte in die Höhe, bargeldloses Zahlen ist eine Selbstverständlichkeit, Serien-Streamen neuer Volkssport. So klar haben wir die Vorzüge digitaler Technologie bisher noch nie erlebt. So schonungslos haben wir ihre Schattenseiten bisher nicht erfahren.

Der Mensch zwischen

SELBST BESTIMMUNG & EINSAMMKEIT

2020 war das Jahr des Homeoffice. Vom Schreibtisch, Küchentisch oder Esstisch aus sind dabei viele über sich selbst hinausgewachsen. Bisherige Online-Skeptiker haben sich für die digitale Welt geöffnet. Und viele entdeckten trotz der Einschränkungen neue Freiheiten: Video-Calls statt Dienstreisen, Familienfrühstück statt Pendelei. Zwischendurch Einkaufen, Sport, die Kinder abholen und dafür abends noch mal kurz an den Rechner. Sie schätzen die neue Flexibilität und das selbstbestimmte Arbeiten. Die meisten von ihnen möchten auch nach Corona weiter aus dem Homeoffice arbeiten können.

Doch es gibt auch eine Kehrseite. Denn aus Zoom wird nie ein echtes Ideenfeuer. Ein Emoji im Teams-Chat kann ein Schulterklopfen nicht ersetzen. Und ein Winken am Bildschirm keine Umarmung. Der soziale Kontakt fehlt den Menschen in Deutschland. Im Beruflichen wie Privaten. Sie klagen über Angst, Motivationslosigkeit und Isolation. Taubheit, die sich wie Mehltau über sie legt. Denn Kontakt bedeutet auch ein Korrektiv. Andere Menschen, die hinsehen, mitfühlen, sich kümmern. So sind die Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt nach oben gegangen – genau wie Alkohol- und Zigarettenkonsum. Klar ist also: Das Hohelied aufs Homeoffice kennt auch Molltöne. Und da müssen wir genau hinhören. Der Arbeitsplatz der Zukunft muss auf Flexibilität und Freiwilligkeit gebaut sein. Sicherheit, Beratung und Fürsorge müssen auch digital zur Verfügung stehen.

Die Schulen zwischen

EXPERIMENTIERFREUDIGKEIT & TOTAL AUSFALL

Nachdenklich stimmen sollte uns aber auch, dass sich gerade die Jungen, die vermeintlichen „Digital Natives", während des Lockdowns am einsamsten fühlten. Denn der radikale Umstieg ins Digitale hat eine gravierende Schwachstelle offenbart: Beim Thema digitale Bildung sind wir in der Corona-Klasse sitzen geblieben. Das war vielerorts eine „glatte 6". Gerade einmal 7 Prozent der Schulkinder hatten im Frühjahr 2020 täglich digitalen Unterricht, berichten ihre Eltern. Und nur ein Drittel der Lehrkräfte gab an, in der Zeit des Distanzlernens alle ihre Schülerinnen und Schüler erreichen zu können. Abgehängt wurden vor allem diejenigen Kinder und Jugendlichen, die es von Hause aus sowieso schwer haben. Alleingelassen mit überforderten Eltern, weil im Wirrwarr des Bildungsföderalismus digitales Lernen an den meisten deutschen Schulen weiterhin ein Fremdwort ist.

Klar gibt es Ausnahmen: Schulen, die ganz selbstverständlich Lernplattformen nutzen, über Teams unterrichten und bedürftige Schülerinnen und Schüler mit Tablets für zu Hause ausstatten. Auch haben wir in Deutschland fantastisch innovative und kreative Lehrkräfte, die Lehrvideos drehen, Online-Sprechstunden anbieten und Lateinvokabeltrainer programmieren. Die Bildung und Sozialisation unserer Kinder dürfen aber kein Lottospiel sein. Zufall und Glück dürfen nicht entscheiden, ob Kinder von digital versierten Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden. Hier muss eine Vision her. Eine Strategie. Und eine sofortige Umsetzung. Bundesweit.

Die Gesellschaft zwischen

2020 war auch das Jahr ungeahnter gesellschaftlicher Kräfte. Mit gestärktem Zusammenhalt, wahrer Opferbereitschaft, mehr Nächstenliebe. Ärztinnen, Kassierer, Krankenpfleger, Lokführerinnen, Busfahrer, Polizistinnen, Feuerwehrleute – sie haben das Land am Laufen gehalten und tun das noch immer. Und wo sich Missstände zeigten, wurden gemeinsam Lösungen gesucht. Beim #WirVsVirus-Hackathon kamen virtuell 28.361 Menschen zusammen und haben in 48 Stunden an über 1.500 Ideen gearbeitet: für mehr digitale Bildung, einfachere Gesundheitsvorsorge, gesundes Essen, digitale Kulturevents oder gegen häusliche Gewalt. Die äußerliche Distanz hat uns innerlich zusammenrücken lassen: Darauf können wir stolz sein.

Allerdings entziehen sich Teile der Gesellschaft diesem Gemeinschaftsgefühl, sie spalten sich ab. Statt #WirVsVirus heißt es #WirGegenDie. Aus Wut oder Enttäuschung. Aus Angst und Verunsicherung. Viele suchen verzweifelt nach einfachen Antworten – und bekommen sie meist leider von den Falschen. Die Pandemie, so attestiert die WHO, wird begleitet von einer „Infodemie", in der Halbwissen und Verschwörungstheorien prächtig gedeihen. Selten ist in Deutschland digitale Meinungsmache so rasch übergeschwappt in reale Proteste mit Auswirkungen bis auf die Treppen des Reichstags. 81 Prozent der jungen Menschen in Deutschland sehen in der Verbreitung von Falschnachrichten daher auch eine Gefahr für die Demokratie. Wir müssen aufpassen, dass das Virus nicht zum Spaltpilz wird. Und Lösungen finden, wie wir alle wieder um einen Tisch bekommen. Um gemeinsam nach vorne zu blicken.

DIE NATUR BEKAM *einen Moment zum Durchatmen*

Der Lockdown bedeutete auch weniger Autos auf den Straßen, weniger Flugzeuge am Himmel, weniger rauchende Industrieschornsteine. Erhebungen zeigen mit 7 Prozent den stärksten Rückgang an CO_2-Emissionen in der Geschichte der Menschheit. Für unsere Umwelt hieß all das: durchatmen.

Allerdings ist das nur eine erzwungene Pause, eine unbeabsichtigte, positive Nebenwirkung der Pandemie, wenn man so will. Sie wird die fortschreitende Erderwärmung nicht stoppen. Was passiert, wenn weltweit die Wirtschaft wieder hochfährt? Gehen wir dann bewusster mit unserem Planeten um? Wird Nachhaltigkeit dann im gleichen Atemzug mit Wachstum und Wohlstand genannt? Sie sollte es, denn die Digitalisierung macht auch das möglich. In nahezu allen Bereichen können smarte digitale Lösungen Energie sparen und Ressourcen schonen: in der Produktion, der Verwaltung, der Logistik, im Verkehr, in Städten und zu Hause. Selbst beim Datentransfer ist schneller gleich weniger. Bestes Beispiel: 5G. Das Echtzeit-Netz überträgt die gleiche Datenmenge mit fast 80 Prozent weniger Energie als sein Vorgänger 4G/LTE. Nachhaltigkeit ist daher eine Frage des Willens, nicht mehr der verfügbaren Technologie. Dafür sind wir alle gefragt: ob Privatpersonen, Unternehmensvorstände, Vertreter und Vertreterinnen in der Politik. Wir müssen erst umdenken und dann unser Handeln ändern. Und ja, wir müssen auch verzichten und lieb gewonnene Gewohnheiten aufgeben. Und zwar jetzt.

WAS ES JETZT ZU TUN GILT

1. Geben wir der Natur mehr als nur eine Atempause

Umweltschutz darf kein Nebenprodukt des Lockdowns bleiben, sondern muss endlich dauerhaft im Fokus stehen. Die Jugend hat mit „Fridays for Future" geschafft, was keiner für möglich gehalten hat: Das Thema Nachhaltigkeit nach ganz oben auf die Agenda zu katapultieren – in der Bevölkerung, in der Politik, in der Wirtschaft. Die junge Generation tritt entschlossen und zielstrebig für ihre Überzeugung ein. Wir müssen ihnen jetzt Rückenwind geben. Dafür muss nachhaltiges Handeln ins kollektive Bewusstsein. Dabei ist Digitalisierung nicht Teil des Problems, sondern ein Teil der Lösung. Homeoffice und Video-Konferenzen bedeuten weniger Stress, Stau und CO_2. Wir können jährlich Millionen Tonnen an CO_2 einsparen, wenn wir mehr im Homeoffice arbeiten und statt Dienstreisen zur Video-Telefonie greifen. Und Unternehmen müssen auf Grünstrom setzen. Wir alle sind Teil des Problems. Und können alle Teil der Lösung werden.

2. Umarmen wir die Digitalisierung und feiern wir das Menschliche

In der Krise haben wir zu schätzen gelernt, was vorher selbstverständlich war: zuverlässige und leistungsstarke Netze. Hier müssen wir dranbleiben: Investieren wir in Infrastruktur. In der Stadt, auf dem Land, für digitale Schulen und Unis sowie digitale Unternehmen. Investieren wir in Entwickler, in Innovatoren, in Start-ups. In all diejenigen, die Digitalisierung bauen. Und am wichtigsten: Investieren wir in diejenigen, welche die digitale Gesellschaft ausmachen – uns alle. Senioren, Lehrkräfte, Arbeitnehmende, Kinder. Sie alle müssen verstehen, wie Algorithmen funktionieren, wie man Desinformation enttarnt, wie digitale Technologien unsere Arbeit unterstützen können. Werden wir digital!

Und tun wir es klug. Mit einer Offenheit für die Schattenseiten. Je besser wir mit dem Digitalen umgehen, desto mehr Platz können wir auch dem Analogen in unserem Leben einräumen. Machen wir Brainstorming im Team statt Teams-Umfragen. Führen wir echte Gespräche beim Abendessen, statt virtuelle Shitstorms auszulösen. Stöbern wir im Laden um die Ecke, statt dem Kaufalgorithmus online zu folgen. Schalten wir Handy, Laptop und Smartwatch ab – und atmen analog durch. Denn die Technik muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt.

3. Packen wir unsere Zukunft mutiger an

Wenn es hart auf hart kommt, können wir auf uns und andere zählen. Wir können schneller lernen, als wir jemals gedacht hätten. Wir können uns radikaler umstellen, als viele für möglich gehalten hätten.

Ich wünsche mir, dass wir mit diesem Wissen mutiger in die Zukunft blicken. Dass wir konsequenter die Dinge angehen, die uns durch die Krise offenbart wurden. Dass wir denen zuhören, die mit der Situation überfordert sind, statt sie auszugrenzen. Dass wir den sich weitenden „Digital Gap" überbrücken, statt neue Ungleichheiten zu schaffen. Dass wir Wege finden, diejenigen zu schützen, die in der Krise kein Gehör fanden. Dass wir ein verantwortungsvolles Maß von Digitalisierung und Menschlichkeit erreichen, indem wir unsere Haltung ändern: von „The winner takes it all" zu „We all take the win".

Corona hat uns alle kalt erwischt. Und uns gleichzeitig die Chance gegeben, nicht bloß ein „New Normal", sondern ein „New Progressive" zu schaffen. Packen wir es an!

DR. HANNES AMETSREITER ist seit Oktober 2015 CEO von Vodafone Deutschland und zugleich Mitglied des Konzernvorstands der weltweiten Vodafone Gruppe. Als Vorsitzender des Beirats der Vodafone Stiftung Deutschland engagiert er sich besonders für Innovationen in der Bildung und eine offene digitale Gesellschaft.

Bildung in der digitalen Gesellschaft chancengerecht gestalten

Ein Gespräch mit Monika Wulf-Mathies

Ich möchte anregen, über den Betrieb als Ort demokratischer Bildung nachzudenken

FRAGE Frau Wulf-Mathies, welche sozialen Ungleichheiten treten in der Pandemiezeit besonders hervor?

WULF-MATHIES Es hat sich jetzt in besonderer Weise die schon seit langer Zeit bekannte, skandalöse Bildungsungerechtigkeit gezeigt. Also dass der soziale Status der Eltern die Bildungschancen der Kinder bestimmt.

Inwiefern?

Das Lernen auf Distanz setzt voraus, dass die Eltern den Kindern beim Erarbeiten des Stoffs helfen können, dass die häusliche Situation ein konzentriertes Arbeiten erlaubt, und auch, dass die technischen Bedingungen für netzgestütztes Lernen gegeben sind. Außerdem braucht man Lehrer, die digital unterrichten können und zudem noch die soziale Kompetenz haben, zu erkennen, wo zusätzliche Angebote nötig sind.

Es ist noch einiges dazugekommen, etwa die Vertiefung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau ...

Man hat festgestellt, dass Frauen diejenigen sind, die als Letzte das Homeoffice verlassen und wieder ins Büro gehen.

... weil die Mutter eben nicht nur im Homeoffice sitzt, sondern gleichzeitig die Kinder betreut und den Haushalt schmeißt. Man hat ja auch festgestellt, dass die Frauen diejenigen sind, die als Letzte das Homeoffice verlassen und wieder ins Büro gehen. Viele Männer hingegen sind froh, wenn sie von den häuslichen Verpflichtungen wieder fortkommen. Dass sie unbedingt ins Büro müssen, wird dann damit begründet, dass sie höhere Positionen haben, mehr Verantwortung tragen und mehr verdienen. Dass dies noch immer die Folge eines reaktionären Frauenbildes ist, macht mich immer wieder zornig.

Viele Männer hingegen sind froh, wenn sie von den häuslichen Verpflichtungen wieder fortkommen.

Was bedeutet diese Corona-Zeit für Sie politisch?

Es ist etwas Bedenkliches hinzugekommen. Wir hatten schon vorher diese Stimmungen, oft diffus, die sich gegen Migranten richten sowie gegen die sogenannten etablierten Parteien und Medien, die angeblich das Volk belügen. Dazu gesellen sich jetzt antisemitisch motivierte Vorstellungen über dunkle Mächte im Hintergrund des Pandemiegeschehens, bis hin zu dem Gemunkel über geheime Pläne von Bill Gates. In der Corona-Krise hat sich gewissermaßen die Realität verdreht: Rechtsextreme beklagen Demokratiedefizite, Antisemiten tragen Anne-Frank-T-Shirts und der Ruf „Wir sind das Volk“ suggeriert, die Minderheit der so Denkenden repräsentiere die Mehrheit.

Und Ihre Schlussfolgerung?

Dass auf diese neue Lage nicht zuletzt mit politischer Bildung reagiert werden muss. Nur ist es so, dass diejenigen, die sich mit politischer Bildung befasst haben, etwa Parteien, Gewerkschaften und Bildungsinstitutionen, an Wirkung verloren haben. Das wirft die Frage nach dem Zugang zu solchen Bürgerinnen und Bürgern auf, die anfällig für rechtsextreme Ansichten oder für den Glauben an Verschwörungen sind. Umfragen zeigen, dass ein Großteil dieser

Menschen einen festen Arbeitsplatz hat. Dort haben sie Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen, dort müssen sie mit anderen zusammenarbeiten. Dort könnte man sie vielleicht erreichen.

Wie denn? Durch Fortbildung etwa?

Die Idee besteht nicht etwa darin, dass nun die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens zu betrieblichen Demokratieschulungen abkommandiert werden. Aber die Unternehmen können zum Beispiel bei der Zusammenstellung von Abteilungen oder Teams darauf achten, dass eine gewisse Diversität herrscht. So können Menschen, die Vorurteile gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen haben, die Erfahrung machen, dass man mit den anderen sehr wohl zusammenarbeiten kann.

Sie fordern also Unternehmensführungen und Personalabteilungen auf, Bedingungen des demokratischen Lernens zu schaffen?

Ja. Wir müssen uns mehr Mühe geben, um auch jene, mit denen wir eigentlich nicht gerne reden möchten, weil sie beispielsweise mit PEGIDA sympathisieren, doch zu erreichen. Und das geht wahrscheinlich im Betriebsalltag leichter. Also dort, wo man sowieso zusammenarbeiten muss. Ich möchte unsere Unternehmen deshalb dafür gewinnen, politische Bildung auch als ihre Aufgabe zu begreifen.

Bildung, also Lernen, setzt aber Zeit und Raum voraus, und damit zusätzliche Kosten.

Stimmt. Aber es kostet eben auch, wenn ich keine qualifizierten Leute aus dem Ausland einstellen kann, weil mein Standort als rechtsextremer Hotspot angesehen wird. Das Image eines exportierenden Unternehmens kann ebenfalls daran Schaden nehmen. Es kommt hinzu, dass Diversität der Produktqualität nutzt.

Es kommt hinzu, dass Diversität der Produktqualität nutzt.

Wie das?

Vielfältig zusammengesetzten Entwicklungsteams fällt es leichter, sich die unterschiedlichen Nutzungssituationen eines Produkts vorzustellen. Damit beispielsweise das Auto nicht nur hohe PS-Zahlen und einen tollen Sound hat, sondern auch Platz für den Wochenendeinkauf bietet. Das ist nur ein kleines Beispiel, aber generell gilt: Je diverser es in der Produktion zugeht, desto mehr Kunden können Sie erreichen. Außerdem herrscht in einem Unternehmen, in dem es keine sexistische Männerkumpanei gibt und Ausgrenzungen von Minderheiten nicht geduldet werden, generell ein offeneres, kreativeres Klima.

Vorgesetzte könnten mit gutem Beispiel vorangehen und auf sexistische Witze mit Ablehnung reagieren.

Ja, natürlich! Anstatt mit Stillschweigen darüber hinwegzugehen. Es ist immer besser für den Betrieb, wenn Negatives nicht verschwiegen wird.

An das wohlverstandene Interesse der Wirtschaft wird oft appelliert. Sie soll im Eigeninteresse das Klima schützen, die Menschenrechte achten und nachhaltig operieren. Auch Sie führen ja Argumente dafür an. Nur zeigt die Praxis, dass die Unternehmen nur selten von sich aus in diesem Sinne handeln. Wäre es anders, bräuchte man kein Umweltrecht und auch kein Lieferkettengesetz. Appelle genügen also nicht.

Sie sehen es auch bei den Frauenquoten. Aber ich weigere mich, zu sagen, man könne die Unternehmen nicht davon überzeugen, etwas zur Demokratie beizutragen. Ich stelle fest, dass die jüngsten Entwicklungen, vom Rechtsextremismus bis zu den Wut-Demonstrationen gegen die Corona-Politik, bei Führungskräften der Wirtschaft ziemliches Erschrecken ausgelöst haben. Sie nehmen durchaus wahr, dass da einiges schiefläuft, gegen alle Vernunft und Wissenschaft. Und deshalb möchte ich anregen, über den Betrieb als Ort demokratischer Bildung nachzudenken.

Sie werfen einen Stein ins Wasser? Ist das die Idee?

Ja. Ich möchte, dass man sich mal zusammensetzt, in Thinktanks, politischen Stiftungen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, und überlegt, wie man demokratische Inhalte und Verhaltensweisen in den betrieblichen Alltag integrieren kann. Die Situation ist günstig dafür. Es wird gerade so viel über einen notwendigen Kulturwandel in Unternehmen gesprochen. Man lernt, dass eine nachhaltige Unternehmenskultur nicht nur durch betriebswirtschaftliche Erfolge, durch Effizienz und Karriereplanung geprägt wird, sondern sich auch daran zeigt, wie man miteinander umgeht. Ob man Respekt vor anderen hat, sie ausreden lässt und ihnen zuhört. Es gibt auch mehr und mehr Unternehmen, die ihre finanziellen Erfolgskriterien durch Nachhaltigkeitsindizes ergänzen. Das ist ein Wandel, den ich im Interesse unserer Demokratie nutzen möchte.

DR. MONIKA WULF-MATHIES wurde im Jahr 1982 zur ersten weiblichen Vorsitzenden einer DGB-Gewerkschaft gewählt, der ÖTV. Von 1995 bis 1999 war sie EU-Kommissarin für Regionalpolitik und Kohäsion. Die SPD-Politikerin arbeitete anschließend als europapolitische Beraterin des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Von 2001 bis 2008 war Wulf-Mathies Leiterin des Zentralbereichs der Deutschen Post AG. Sie ist seit 2015 Beirätin der Vodafone Stiftung Deutschland.

Ein Gespräch mit Birgit Eickelmann

Etwas anarchischer, freier, ungewohnter

FRAGE Frau Eickelmann, Schulen benötigen digitale Kompetenz und sollen sie zugleich vermitteln. Im Jahr 2020 begann dann für alle Schulen der große Belastungstest: die COVID-19-Pandemie. Was hat sie gelehrt?

EICKELMANN Während der Krise zeigten sich zwei Phänomene, die uns zwar schon vorher aufgefallen waren, die wir aber nicht wirklich vollständig erfasst hatten: Zum einen sind insgesamt die Digitalisierungsprozesse an Deutschlands Schulen nicht besonders fortgeschritten. Zwar gibt es viel Forschung und großes Engagement, aber das hat nicht dazu geführt, dass wir während der Pandemie in der Fläche ausreichend auf das Distanzlernen umschalten konnten. Für Fernunterricht lagen an den Schulen sehr unterschiedliche Voraussetzungen vor, und zwar nicht bloß technische. Wir mussten erkennen, dass die erforderlichen Rahmenbedingungen nicht an allen Schulen gegeben waren und dass die digitale Fähigkeit sowie die Kompetenz, selbstverantwortlich zu lernen, sehr unterschiedlich verteilt waren. Diese übergeordnete Kompetenz ist zwar eigentlich ein Bildungsziel, schien aber

in der Breite wirklich nicht so umgesetzt gewesen zu sein. Das zweite Phänomen, auf das wir in der Pandemiezeit noch einmal gestoßen sind, bestand in den großen Bildungsungleichheiten in Deutschland. Zwar wissen wir spätestens seit den internationalen Leistungsstudien und insbesondere seit dem sogenannten PISA-Schock, dass das deutsche Bildungssystem soziale Disparitäten verstärkt. Dass es also eine enge Kopplung zwischen dem Geldbeutel der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen gibt. Aber wir wussten scheinbar nicht so richtig, wie sich das in der Praxis niederschlägt. Jetzt mussten wir beispielsweise feststellen, dass viele Kinder und Jugendliche keinen Zugriff auf ein geeignetes Endgerät zum Lernen hatten oder dass zu Hause kein WLAN vorhanden war oder kein ausreichendes Datenvolumen zur Verfügung stand.

Quelle: Vodafone Stiftung Deutschland, 2020, Unter Druck, S. 8

Sie sprechen vom „Lernen auf Distanz“. Steckt in dem Begriff auch eine gewisse Ambivalenz?

Ja. Eine repräsentative Studie, die wir zu Anfang der Pandemiezeit mit der Vodafone Stiftung Deutschland durchgeführt haben, heißt „Schule auf Distanz“. Sie untersucht vor allem die Zeit der Schulschließung und die damit verbundene Reorganisation des Lernens. Neu war in dieser Zeit vor allem, dass sich Lehrende und Lernende an unterschiedlichen Orten befanden. Das hatte Konsequenzen für die Begleitung von Lernprozessen, ging aber auch darüber hinaus. Wichtiger wurde – trotz der Einschränkungen – die Beziehungsarbeit. Da zählte beispielsweise jeder Anruf der Lehrerin zu Hause.

Das Lernerlebnis in der Schule ist auch ein emotionaler Vorgang und die körperliche Distanz führt zu einem Verlust an Emotion. Das gilt auch für das Verhältnis der Kinder und Jugendlichen untereinander. Ich habe im Fernsehen Kinder gesehen, die nach einer Schulöffnung freudestrahlend sagten: „Endlich können wir wieder zur Schule gehen.“

Ich habe zur gleichen Zeit an einer anderen Publikation mitgearbeitet, die den schönen Titel trug „Langsam vermisse ich die Schule“ und die genau das zeigt. In Deutschland wurde die schulische Arbeit ja oft geringgeschätzt, aber in der Krise haben dann alle gesehen, dass sie einen hohen Wert hat. Die Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein besonderer Sozialisationsort. Sie können dieses Phänomen schon während der Einschulungstage beobachten: Die Eltern dürfen nicht mit hinein, manchen fällt das richtig schwer, sie stehen vor den Fenstern der Klassenräume und hüpfen, um einen Blick ins Innere des Schulgebäudes zu ergattern. Ein echter Bruch. Von da an findet die Sozialisation auch außerhalb der Familie statt, die Kinder haben die Chance, gemeinsam erwachsen zu werden. Wenn diese Chance während der Corona-Krise beeinträchtigt wird, ist das schwerwiegend, denn die Kinder und Jugendlichen sind ja die Zukunft der Gesellschaft.

Eine weitere Studie, die Sie mit der Vodafone-Stiftung veröffentlicht haben, trägt den Titel „Digitales Potenzial“.

In dieser Studie wollten wir zeigen, dass es Schulen gibt, die erfolgreich Digitalisierungsprozesse gestalten und alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördern. Die Idee ist, diese Schulen zu beschreiben, damit man von ihnen lernen kann.

Der Untertitel besagt, dass sich die Studie auf „nicht-gymnasiale Schulen der Sekundarstufe I“ konzentriert. Warum ist das so?

Wir haben in der ICILS-2018-Studie (International Computer and Information Literacy Study) gesehen, dass im Mittel vor allem Schülerinnen und Schüler an nicht-gymnasialen Schulen großenteils über nur sehr geringe digitale Kompetenzen verfügen. Aber es gibt eben auch nicht-gymnasiale Schulen, die das Muster durchbrechen. Das hat wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz, weil wir in Deutschland tendenziell einen sehr gymnasialen, also verengten Blick auf schulische Digitalisierungsprozesse haben.

Die Diskussion um die Digitalisierung in Schulen weist einen weiteren blinden Fleck auf: Es wird meist nur über die Technik gesprochen.

Liegt es daran, dass diejenigen, die über Schulbildung sprechen und schreiben, selbst in den Gymnasien sozialisiert wurden?

Zumindest gibt es da eine Habitusnähe, die es erforderlich macht, dass sich die Forschenden wirklich in die Situationen verschiedener Schulformen hineindenken. Die deutsche Diskussion um die Digitalisierung in den Schulen weist aber noch einen weiteren blinden Fleck auf: Es wird meist nur über die Technik gesprochen. Doch Ausstattungsprogramme allein genügen nicht. Die Technik muss so eingesetzt werden, dass die Lehrkräfte sie als Unterstützung verstehen. Das ist im Übrigen auch eine Frage der Fortbildung. Hier haben wir mit der Studie „Digitales Potenzial“

festgestellt, dass sich fachliche Fortbildungen als geeigneter Ort anbieten. Sie sollten die Frage thematisieren, wie setze ich digitale Medien kompetenzförderlich und motivierend ein, in Mathematik, Deutsch, Physik, Englisch, Sport und so weiter. Das müssen Lehrkräfte lernen.

Was geschieht in den von Ihnen hervorgehobenen Schulen, die mit Erfolg digitale Kompetenz vermitteln?

Diese Schulen verfolgen auf der Unterrichtsebene im Kern drei Ansätze. Erstens einen schülerorientierten Einsatz digitaler Medien. Zweitens lernen Schülerinnen und Schüler, mit diesen Medien selbst Inhalte zu präsentieren. Und drittens lernen sie den Umgang mit bestimmten, besonders wichtigen Formen von Software, beispielsweise mit Textverarbeitung. Das ist keineswegs selbstverständlich in sämtlichen Schulformen, ja wir sehen sogar bei Studierenden, dass ihnen zuweilen diese grundlegenden Kompetenzen fehlen.

Was verstehen Sie unter „schülerorientiertem Einsatz“?

Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern oder von Lerngruppen. Kinder und Jugendliche müssen ermuntert werden, zu Konstrukteuren ihrer eigenen Lernprozesse zu werden. Die Digitaltechnik soll also nicht dem Eintrichtern des Stoffs dienen, sondern der selbstständigen Produktion sinnvollen Wissens. Kinder und Jugendliche bringen oft schon das Potenzial dafür aus ihrem alltäglichen Umgang mit digitalen Medien mit. Dies gilt es zu fördern. Wir sprachen eben darüber, dass während des Fernlernens die sozialen Kontakte eingeschränkt waren – das stimmt auch, aber es ist nicht so, dass die Schülerinnen und Schüler keinen Kontakt zueinander hatten. Während wir Erwachsenen uns mühevoll an Tage voller Videokonferenzen gewöhnen mussten, sind solche oder ähnliche Technologien für viele der jungen Menschen Alltag. Natürlich auch in Deutschland. Nur, dass dieses Potenzial hierzulande kaum für das Lernen genutzt wird. In anderen Ländern ist es beispielsweise längst gang und

gäbe, über Lernplattformen im Internet zusammenzuarbeiten und auch Schulexterne einzubeziehen, also über die Grenzen der eigenen Schule hinauszureichen.

Hatte nicht schon der Mathematiker und Pädagoge Seymour Papert vom amerikanischen MIT vor 50 Jahren gefordert, Kinder und Jugendliche sollten Autorinnen und Autoren ihres Lernens werden und dafür die digitale Technik nutzen? Er hatte sogar eine eigene Programmiersprache für Kinder geschrieben.

Papert verwendete für seine Lerntheorie den Begriff des Konstruktionismus: aktives Konstruieren als Lernmethode. In Österreich und in der Schweiz finden Sie auch den Begriff „computational thinking“ in den Lehrplänen wieder: Die Schule soll Modellierung und Algorithmisierung als Kompetenzen vermitteln. Und sie soll den kritischen Umgang mit diesen Konzepten möglich machen. Auf diesen Gebieten geschieht in Deutschland bisher noch viel zu wenig. Wir lesen überall, dass künstliche Intelligenz mehr und mehr unser Leben bestimme und dass man deren ethische Aspekte diskutieren müsse – aber wie soll das die zukünftige Generation tun, wenn sie davon nichts versteht? Das sind die großen neuen Bildungsthemen. Sie gehören auch in die Schulen. Und das geschieht nicht dadurch, dass wir nur Endgeräte zur Verfügung stellen.

Was sind die Hindernisse?

Es fehlt an digitalen Lerninhalten. Aber man muss sicherlich auch die Strukturen überdenken. Auch das ist eine Erfahrung der Krise. Während der Schulschließungen war das hergebrachte Regelwerk zum Teil außer Kraft, es fehlte an Konzepten. Also wurden Lehrkräfte produktiv und kreativ, dachten sich selbst etwas aus. Auf einmal war die Schule ein Erprobungsraum für schulische Innovationen.

Können Sie mir Beispiele nennen?

Es gibt viele Beispiele, die man eigentlich sammeln und sichern müsste. In einer Schule konnten beispielsweise die Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler, die vor dem Abitur standen, nicht mehr wie geplant erreichen und schlugen ihnen daher ein digitales Barcamp zur Prüfungsvorbereitung vor. Die Jugendlichen tauschten sich aus und unterstützten sich gegenseitig, und wenn Fragen auftauchten, wandten sie sich an die Lehrkräfte. Das hat funktioniert und ein Fazit war: „Das wär ja auch mal was ohne Corona.“ Es gab an solchen Schulen einen richtigen Innovationsschub, weil sie die hergebrachten Strukturen ignorieren durften und man neu denken konnte. So etwas setzt Kräfte frei. Setzt aber auch viel Vertrauen voraus, in die Schulen, in die Lehrkräfte und in die Lernenden.

Also wurden Lehrkräfte kreativ und dachten sich selbst etwas aus. Auf einmal war Schule ein Erprobungsraum für Innovationen.

Das ist aber wieder ein gymnasiales Beispiel. Wie wollen Sie verhindern, dass das, was Sie propagieren, bloß ein Mittelschichts- oder gar Elitenprogramm ist?

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass digital gestütztes Lernen nur ein Zusatz zum Lesen, Schreiben und Rechnen ist. Als wenn die Kinder nicht schon längst mit digitalen Medien aufwachsen würden. Die Schule darf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse nicht ignorieren. Sie muss befähigen, diese zu gestalten. Es ist doch verrückt, dass wir mancherorts immer noch darüber diskutieren, ob Grundschulen bildschirmfreie Räume sein sollten. Stattdessen könnten die Kinder dort lernen, mit den ihnen so geläufigen Medien reflektiert und kreativ umzugehen.

Wurde denn die Bildungsungleichheit durch die Pandemie vergrößert?

Die allgemeine Wahrnehmung und die Expert:innenmeinung geht klar in diese Richtung. Wir haben dazu allerdings noch keine Evidenz, da müssen wir auf die Ergebnisse der Schulleistungsstudien warten. Ich wage mal eine These: Vielleicht ist uns die herrschende Ungleichheit wegen der Pandemie nur stärker aufgefallen. Etwa, dass manche Schüler zu Hause gar keinen Arbeitsplatz haben oder kein digitales Lerngerät.

Oder keinen Ansprechpartner.

Eine typisch deutsche Sichtweise. Die bildungsnahen Eltern konnten zu Hause so etwas wie einen Schulersatz bieten, andere konnten es nicht. Daher kam die Forderung auf, die Eltern einzubeziehen – doch da möchte ich auf erfolgreichere Bildungssysteme wie diejenigen in Kanada oder Skandinavien verweisen. Dort denkt man von jeher anders und fragt nun beispielsweise, was die Schule während einer solchen Pandemie für die Schüler tun kann. Beispielsweise Study Halls einrichten, mit Einzeltischen unter hygienisch sinnvollen Bedingungen. Das haben auch Schulen in Deutschland gemacht, um nicht diejenigen Kinder und Jugendlichen zu benachteiligen, die zu Hause keine Unterstützung bekommen.

Nicht alles durch das Nadelöhr des Elternhauses pressen, meinen Sie das?

Ja, das ist ein häufiger Fehlschluss in Deutschland. Das überfordert einfach zu viele Eltern, wie die Krise uns zeigte. Uns muss zukünftig endlich besser gelingen, Bildungserfolg unabhängiger von den familiär bedingten Chancen zu machen.

Jugendliche sind zum Beispiel auf Plattformen für Rollenspiele unterwegs. Könnten diese virtuellen Räume nicht auch Klassenzimmer sein?

In einigen asiatischen Ländern wird dieser Ansatz schon seit Langem erfolgreich für das Lernen genutzt. Aber die meisten Lehrkräfte kennen sich in dieser Welt nicht aus.

Sie könnten sie sich von ihren Schülerinnen und Schülern erklären lassen.

Ja, in der Schule das Lernen auf Augenhöhe zu gestalten, ist ein zukunftsweisender Ansatz. Während der Schulschließungen haben die Jugendlichen beispielsweise Videokonferenzen aufgesetzt und den Lehrkräften gezeigt, wie es geht. Lehrkräfte müssen zukünftig eben auch außerhalb bisheriger Strukturen lernen. Besonders wirksam ist das gemeinsame, kooperative professionelle Lernen. Diese Corona-Zeit ist schon interessant und wir könnten daraus viel lernen, wenn wir wollten. Etwas anarchischer, etwas freier, etwas ungewohnter.

PROF. DR. BIRGIT EICKELMANN ist Inhaberin des Lehrstuhls für Schulpädagogik an der Universität Paderborn. Sie ist u. a. die Leiterin des Nationalen Forschungszentrums der ICILS-Studien 2018 und 2023 (International Computer and Information Literacy Study). Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen der Einsatz digitaler Technologien in der Schule, die Entwicklung von Schulsystemen und die Lehrkräftebildung im digitalen Zeitalter.

Digitale Bildung ist leider ein Stichwort, bei dem einem *Schule* nicht als Erstes in den Sinn kommt. Zu groß ist die Diskrepanz zwischen Mitschüler*innen, die neben der Schule ihre eigene IT-Firma aufbauen, und Lehrer*innen, die über die Bedienung des Overheadprojektors nicht hinauskommen.

Friederike, 19

Ich und auch meine Mitschüler und Lehrkräfte haben in einem viel engeren Kontakt zueinander gestanden und haben uns von ganz neuen Seiten kennengelernt. Es ist dadurch eine viel engere Bindung zwischen Schülern untereinander, als auch zwischen Lehrkräften und Schülern entstanden. Wir haben private Einblicke in die Welt der Lehrerinnen und Lehrer bekommen und diese in unsere Welt. Das wäre ohne die Krise nicht passiert. Es war immer wieder schön, während des Lockdowns seinen Laptop einzuschalten und erst mal von seinem Lehrer vor der Kamera mit seiner morgendlichen Frisur und einer Kaffeetasse begrüßt zu werden.

Clinton, 21

Schulen müssen digitaler werden. Und Lehrer besser darin, Technik zu bedienen. Ich wünsche mir, dass Schule da freier wird und erlaubt, dass man Digitales ausprobiert. Noch cooler wäre es, wenn Schüler ihren Lehrern was beibringen dürften.

Sophie, 18

Von Verena Knoblauch

Veränderung auf Knopfdruck

Leere Flure, verwaiste Klassen, weder Kinder noch Kollegen, kein Laut, kein Lachen, nichts. Nur dröhnende Stille. Im März 2020 war das plötzlich Realität. Über Nacht war normaler Unterricht nicht mehr möglich. Die Schulen, sonst Lern- und Lebensraum für Millionen Kinder und Jugendliche, mussten wegen der Pandemie schließen.

Wie auf Knopfdruck sollten sich die Schulen nun verändern. Aber geht das überhaupt?

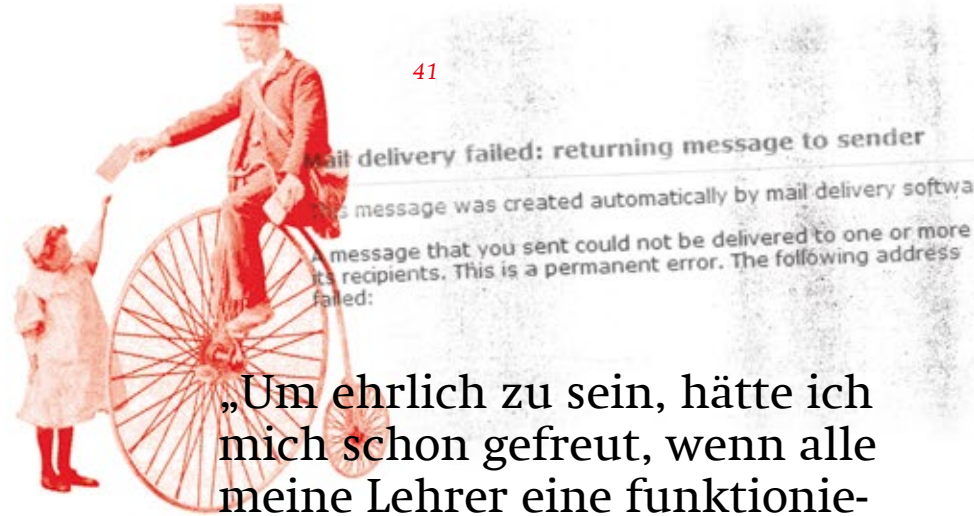
Zunächst einmal: Die Krise verstärkte, was vorher schon Realität war. SchülerInnen, die zurückblieben, weil ihnen zu Hause die nötige technische Ausstattung oder die Unterstützung des Elternhauses fehlte. Schulen, die keinen Plan für die Krise hatten, weil sie sich bislang noch nicht vertieft mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt hatten, weil keine Infrastruktur zur Kommunikation mit Eltern und SchülerInnen bestand oder es schlicht keine Erfahrung mit digitaler Arbeit gab. Die Krise zeigte wie unter dem Brennglas, was strukturell schiefläuft in unserem Bildungssystem.

Und wie meisterten Lehrkräfte diese Krise? Die Bandbreite der Antworten könnte kaum größer sein. Manche Lehrkräfte hatten gleich zu Anfang einen Plan und legten los. Viele waren pragmatisch und engagiert. Andere waren dagegen kaum erreichbar.

„Einer unserer Lehrer hat sich eine CO_2-Ampel gebaut, damit wir nicht immer die Fenster offen haben müssen, sondern nur, wenn die Ampel orange ist.“
Paul, 13

Auch was die Nutzung digitaler Technologien betrifft, war das Spektrum groß. Jene Lehrkräfte, die sich schon vor der Pandemie mit digitaler Bildung beschäftigt hatten und die technischen Möglichkeiten besaßen, wurden schnell kreativ und fanden Lösungen. Vielen Lehrerinnen und Lehrern wurden durch die Schulschließung die Vorteile des digitalen Arbeitens bewusst. Die Lehrkräfte besuchten Fortbildungen, probierten aus und machten sich auf den Weg. Der Fortbildungswille war riesig. Online-Bildungsangebote am Abend oder in den Ferien? Häufig gerammelt voll.

Während viele Lehrkräfte eine Fortbildung nach der anderen besuchten, gab es auch KollegInnen, die sich weiterhin nicht mit digitalen Möglichkeiten auseinandersetzten. Ihnen pauschal Faulheit oder Desinteresse zu unterstellen, ist falsch. Für mich ist es auch keine Frage des Alters. Nach meiner Erfahrung sind die Gründe dafür eher Berührungsängste, zeitliche und technische Überforderung, aber auch Frustration wegen schlechter Ausstattung und mangelndem Support. Ängste und Falschinformationen, die Digitalisierungsgegner im Netz verbreiten, dürften ebenfalls dazu beigetragen haben.



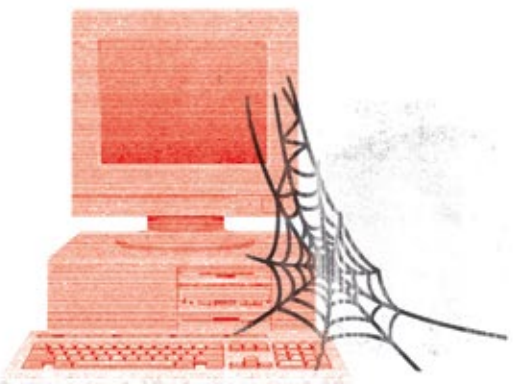
„Um ehrlich zu sein, hätte ich mich schon gefreut, wenn alle meine Lehrer eine funktionierende E-Mail-Adresse gehabt hätten.“
Helena, 18

Wenn wir Lehrerinnen und Lehrer stärken wollen, müssen wir ihre Ängste systematischer erfassen und die Heterogenität der Lehrkräfteschaft in den Fortbildungsangeboten spiegeln. Es ist notwendig, den Nutzen digitaler Weiterbildung stärker in den Vordergrund zu stellen. Der Fokus meiner Beratung und Fortbildung während der Krise lag zum Beispiel nicht darauf, wie auf digitalem Weg Übungsaufgaben möglichst effektiv übermittelt werden können, sondern auf der Frage, wie man pädagogische Beziehungsarbeit digital aufrechterhalten kann. Wie lassen sich Kommunikation, Feedback und Zusammenarbeit mithilfe digitaler Medien ermöglichen, obwohl man nicht gemeinsam im Klassenzimmer anwesend sein kann? Diese Fragen haben meine Kolleginnen und Kollegen – und mich selbst – bewegt.

Schon einfache, pragmatische Ansätze konnten guten Unterricht ins Digitale übersetzen: Auf vielfältige Weise wurden digitale Lernräume eingerichtet, etwa durch Gruppenarbeit in Breakouträumen per Videokonferenz oder Projektarbeit über kollaborativ bearbeitbare Dokumente auf geeigneten Plattformen. Wenn der persönliche Kontakt unmöglich wird, bekommt individuelles und zeitnahes Feedback eine noch größere Bedeutung: Sprachaufnahmen, bereitgestellt als QR-Code oder Link, sind eine geeignete Technologie für eine nahbare Leistungseinschätzung jenseits von

Noten. Technische Infrastruktur allein genügt nicht. Man braucht auch Zeit. Das digitale Arbeiten muss geübt und angebahnt werden. Das kann man nicht plötzlich, wenn man es vorher nie gemacht hat. Das gilt übrigens für Lehrkräfte genauso wie für SchülerInnen.

„Das war das erste Mal, dass in meinen 11 Schuljahren ein digitales Gerät im Unterricht eingesetzt wurde.“
Marlena, 16



Digital affine KollegInnen feierten im Frühjahr die digitale Revolution, ausgelöst durch die coronabedingte Schulschließung. In meinen Augen aber fand eine solche Revolution nicht statt. Sondern es wurde primär Krisenmanagement betrieben. Dieses Krisenmanagement gelang an mancher Stelle hervorragend – und scheiterte an anderer Stelle vollständig.

Nun sind einige Monate verstrichen. Wir alle haben Erfahrungen gesammelt. Ja, die Chancen sind da und es ist nun an uns, sie zu sehen und zu ergreifen. Wichtig ist, sich gleichzeitig der nötigen Voraussetzungen und Herausforderungen bewusst zu sein. Sonst entpuppt sich eine vermeintliche Chance schnell als Sackgasse. Denn: Nur wer die Stolpersteine auf dem Weg kennt, kann die Chancen wirklich nutzen.

Unsere Chance: Aufgrund der Erfahrungen mit dem Fern- und Hybridunterricht wird kaum noch infrage gestellt, ob digitale Technologien gebraucht werden. Digitalisierung im Bildungsbereich ist kein Randthema mehr. Viel Geld wird in Leih- und Dienstgeräte investiert. Umso wichtiger ist es, die Frage nach dem Wie nicht aus den Augen zu verlieren. Die Sehnsucht nach der gewohnten Normalität ist groß. Leicht tappen wir daher in die Falle, die Chance der Digitalisierung lediglich darin zu sehen, alle herkömmlichen Prozesse 1 : 1 ins Digitale zu übertragen. Damit würde die wahre Chance übersehen: durch den Digitalisierungsschub darüber nachzudenken, wie Schule, Unterricht und Lernen in einer Kultur der Digitalität aussehen könnte. Deren Ziel muss es sein, den jungen Menschen die Kompetenzen mitzugeben, am gesellschaftlichen Leben mitbestimmend teilhaben zu können und ein mündiges und souveränes Leben zu führen.

„Das gesamte Konzept des ‚selbstständigen Lernens‘ hat eine ganz neue Perspektive bekommen.“
Klaus, 19

Wenn wir eine neue Lernkultur anstreben, müssen wir auch Prüfungsformate und -modalitäten überdenken. In der Krise waren Prüfungen und Noten ein viel diskutiertes Thema. Kollaborativ und fächerübergreifend lernen, um dann in einem Prüfungsformat unter Zeitdruck auswendig gelerntes Wissen hektisch aufs Papier zu kritzeln, das passt nicht zusammen. Ideen für alternative Prüfungsformate existieren: Zum Beispiel könnten SchülerInnen in einem multimedialen Portfolio ihre Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema zusammenstellen und präsentieren. Oder wie wäre es mit Podcast statt Hausarbeit?

Wenn wir gedanklich schon dabei sind, Strukturen aufzubrechen, sollten wir auch über Fachgrenzen und Lernorte nachdenken. Lernen findet nicht zwangsläufig getrennt nach Fächern oder frontal sitzend im Klassenzimmer statt. Wer digitale Bildung während und nach der Krise lebt, lebt auch projektorientiertes Lernen und versteht Lehrkräfte als Lernbegleiter. Der fehlende persönliche Kontakt während der Schulschließung hat uns wesentliche Aspekte der Schule und des Unterrichts vor Augen geführt. Die Schule ist ein Ort der sozialen Interaktion, der Kommunikation und der Zusammenarbeit. Wir sollten diese Erkenntnis als Chance nutzen, uns die zentrale Bedeutung der Schule als Ort der Begegnung und des Austauschs bewusst zu machen und Beziehungsarbeit zu stärken.

„Das größte Hindernis war für mich die Kommunikation mit den Lehrern. Ich habe nur in den wenigsten Fällen eine Rückmeldung bekommen. Somit war man komplett auf sich selbst gestellt, was das Aneignen des Schulstoffs anging.“
Vincent, 16

Zu Beginn der Corona-Krise war ein Versprechen zu hören: Kein Schüler wird zurückgelassen. Nur: Was ist daraus geworden? Viele Eltern und Kinder klagten im Herbst über enormen Notendruck. Sie berichteten entmutigt und frustriert darüber, dass fast jeden Tag Prüfungen geschrieben wurden. Verpassen wir hier gerade Chancen? Die Chance, uns auf das zu besinnen, was Schule und Unterricht ausmacht. Die Chance, Lehrplaninhalte und Prüfungsbestimmungen zu überdenken. Die Chance, Bildungsgerechtigkeit anzustreben.

„Am schwierigsten und belastendsten war es für mich, die eigenständige Motivation, zu lernen, zu finden.“
Elisa, 18

Die Krise hat uns eindrücklich gezeigt, was wir eigentlich schon lange wussten: Es gibt keine Patentlösungen. One size fits all? Was schon bei Kleidung nicht ordentlich sitzt, funktioniert im Bildungsbereich erst recht nicht. Weder im Fern-, noch im Präsenzunterricht. Dazu sind die Voraussetzungen und die beteiligten Personen zu unterschiedlich. Nicht jedes Kind lernt auf gleiche Weise. Weder im selben Tempo noch mit denselben Methoden. Und nicht jede Schule ist wie die andere. Das war übrigens schon immer so und zeigt, warum individualisiertes Lernen wichtig ist.

„Man lernt, wie Menschen – Mitschüler und Lehrer – mit Krisen umgehen. Sind sie fürsorglich, angespannt, gereizt …“
Greta, 10

Die Chancen können nur genutzt werden, wenn SchulleiterInnen und Lehrkräften der Rücken gestärkt wird. Wenn den Schulen jetzt wirkliche Freiräume zugemessen werden, je nach den örtlichen Bedingungen selbst Entscheidungen zu treffen und individuelle Lösungen zu finden.

„Die wöchentlichen Änderungen und Diskussionen der Politiker und Schulen waren auf Dauer sehr anstrengend.“
Markus, 18

Im Bereich der Digitalisierung brauchen wir – neben der technischen Ausstattung von Lehrkräften und SchülerInnen – Rechtssicherheit bei der Nutzung digitaler Angebote. Wir brauchen ein Konzept, wie die digitalen Geräte eingesetzt werden sollen. Damit ist nicht ein Papier gemeint, das geschrieben werden muss, um die Ausstattung zu beantragen, und das anschließend unbeachtet in der Schublade liegt. Sondern ein Plan, vielleicht auch eine Vision, wie Schule und Unterricht gestaltet und verändert werden können.

Neben der technischen Ausstattung brauchen wir ein breit angelegtes, prozessbegleitendes Fortbildungsangebot, um die Lehrkräfte zu befähigen, die Technik sinnvoll im Unterricht zu nutzen.

Und wir brauchen Entlastungen für die Lehrkräfte, damit sie diese Angebote dann auch wahrnehmen können – sowie Austausch zwischen Lehrkräften, Schulen, Bundesländern. Wir brauchen außerdem Neugierde und vielleicht auch etwas Mut, die ausgetretenen Pfade zu verlassen und neue Wege zu gehen, Mut, über den Tellerrand zu gucken, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Veränderung gelingt nicht auf Knopfdruck, erst recht nicht in unserem Bildungssystem. Aber sie kann gefördert, gepflegt, behutsam angestoßen werden. Die Krise hat gezeigt, dass in kurzer Zeit viel verändert werden kann.

VERENA KNOBLAUCH arbeitet als Lehrerin und Medienpädagogin in Nürnberg. Sie ist medienpädagogische Beraterin für digitale Bildung am staatlichen Schulamt Nürnberg und seit vielen Jahren in der LehrerInnenfortbildung und als Referentin tätig.

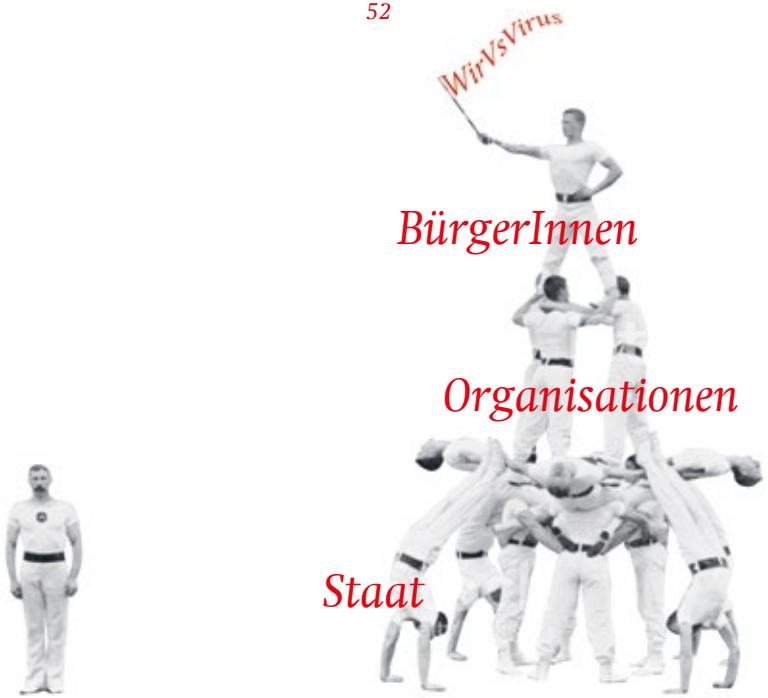
Unsere Gesellschaft innovativ gestalten

Von Johanna Mair & Thomas Gegenhuber

Gemeinsam Krisen lösen: #WirVsVirus, ein Beispiel für soziale Innovation

Die COVID-19-Krise fordert die Gesellschaft heraus und ruft nach sozialer Innovation: nach neuen und wertvollen Produkten, Dienstleistungen und Praktiken, nach neuen Wegen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Aber wie lassen sich diese entdecken? Ein Beispiel dafür ist das offene und partizipative Format des #WirVsVirus-Hackathons.

Was ist ein Hackathon? Der Begriff Hackathon hat seinen Ursprung in der Tech-Szene und beschreibt einen zeitlich fokussierten, kollaborativen Wettbewerb, der neue technische Lösungen entwickeln soll, beispielsweise eine neue App. Dieses zunehmend beliebte Format wurde auch mit #WirVsVirus umgesetzt: Die OrganisatorInnen veröffentlichten zum Höhepunkt der COVID-19-Krise im März einen Aufruf zur Lösung von Problemen, die durch die Krise verursacht wurden. Insgesamt rund 28.000 TeilnehmerInnen folgten diesem Aufruf, organisierten sich selbst in Teams und entwickelten dann vom 20. bis zum 22. März erste Prototypen, beispielsweise für die Digitalisierung von Prozessen im Gesundheitssystem (siehe auch https://wirvsvirus.org).

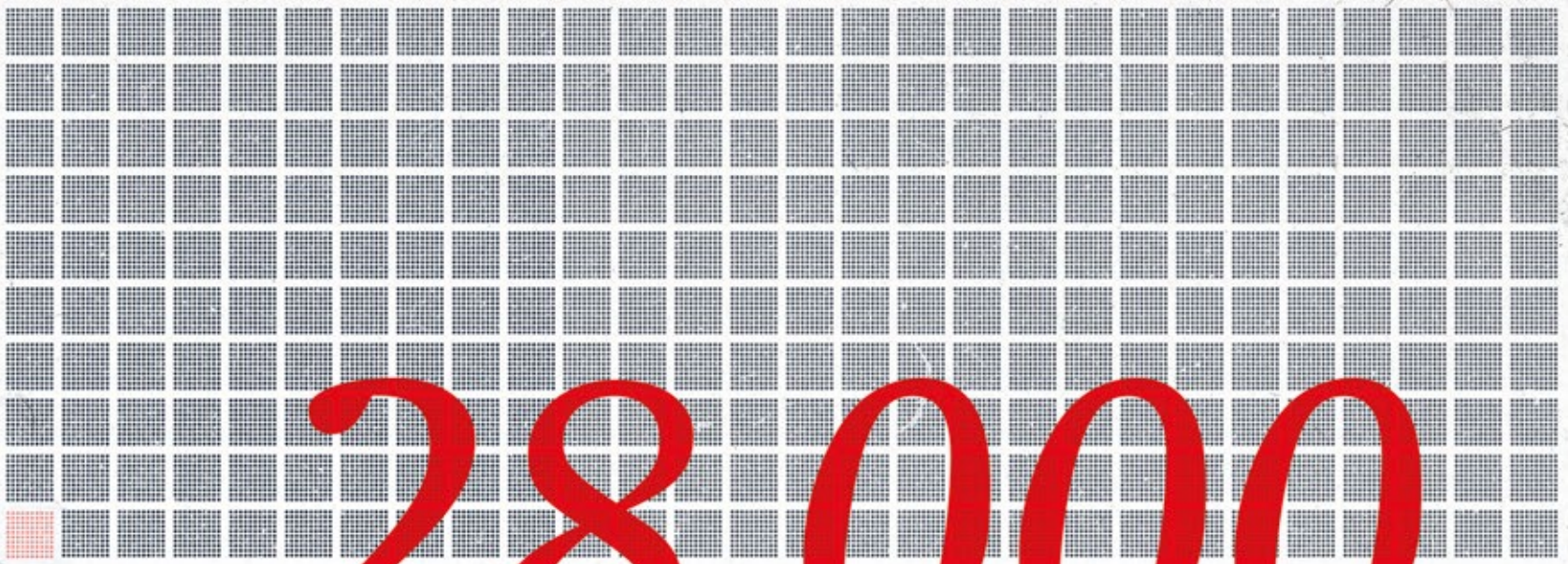


Soziale Innovation als Prozess, der von der Idee bis zur Umsetzung und Wirkung führt, ist allerdings kein Sprint, sondern eher ein Marathon. Im Rahmen von #WirVsVirus wurden 130 Teams durch ein Umsetzungsprogramm dabei unterstützt, ihre Ideen weiterzuentwickeln und zu skalieren. Instrumente des Unterstützungsprogramms waren unter anderem Networking-Möglichkeiten mit ExpertInnen, wöchentliche Calls für Wissensaustausch und Community Building, Themen-Calls zur Know-how-Vermittlung und eine digitale Plattform, mit deren Hilfe die Teams Ressourcen von unterstützenden Unternehmen erfragen konnten, beispielsweise Rechtsberatung. Mit diesem Umsetzungsprogramm unterscheidet sich #WirVsVirus von anderen Hackathons, in denen zwar Ideen und Prototypen entstehen, anschließend aber keine Strukturen aufgebaut werden, um die Ideen auch zu implementieren. Neben staatlicher Förderung (Bundeskanzleramt, BMBF, KfW-Stiftung) wurde das Unterstützungsprogramm auch durch Unternehmen und deren Stiftungen finanziert, unter anderem von der Vodafone Stiftung.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Hackathons war #WirVsVirus in mehrfacher Hinsicht vielfältig: Erstens begeisterte der Hackathon Personen jenseits der männlich dominierten Start-up- und Tech-Szene. ArbeitnehmerInnen aus Profit- und Non-Profit-Organisationen, Studierende, WissenschaftlerInnen und andere wollten ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Es wurden, zweitens, vielfältige Arten von Lösungen entwickelt: etwa Chat-Bots, die bei Förderanträgen helfen, Software zur Digitalisierung des Corona-Managements in Gesundheitsämtern oder die Vernetzung von Studierenden mit SchülerInnen, die Lern- und Nachhilfe suchen. Allein diese drei Beispiele zeigen bereits, dass die gefundenen Lösungen über die Zeit der Krise hinaus wirken und soziale Systeme nachhaltig verändern können.

Es wurden vielfältige Lösungen entwickelt: Chat-Bots, die bei Förderanträgen helfen, Software zum Corona-Management in Gesundheitsämtern oder die Vernetzung von Studierenden mit SchülerInnen, die Nachhilfe suchen.

Möglich war diese Vielfalt wegen der offenen und partizipativen Ausrichtung des Formats. Jede und jeder konnte an dem Hackathon teilnehmen. Für die Auswahl der zu lösenden Probleme wurde der Input sowohl von Ministerien als auch aus der Zivilgesellschaft gesucht. Im Unterstützungsprogramm wurden PatInnen mit Expertise aus vielen gesellschaftlichen Bereichen gewonnen. Schließlich wurden technologische Tools gewählt (beispielsweise Slack oder Devpost), die transparente Kommunikationsprozesse zwischen OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen ermöglichten. Insgesamt unterstrichen der Hackathon und das Umsetzungsprogramm die demokratiepolitische Bedeutung des „digitalen Ehrenamts“. Dieses bietet eine Möglichkeit der Teilhabe von BürgerInnen durch gestaltendes Handeln und ist damit



= 100 BürgerInnen

28.000

#WirVsVirus aktivierte rund 28.000 Bürgerinnen und Bürger.

eine sinnvolle Ergänzung der demokratischen Teilhabe durch Stimmabgabe.

Offene und partizipative Prozesse so zu organisieren, dass sie einen hohen Inklusivitätsgrad aufweisen, bleibt eine Herausforderung. Die Diversität der TeilnehmerInnen am Hackathon und im Umsetzungsprogramm spiegelt nicht die Diversität der deutschen Gesellschaft wider. Auch die Jurys, welche die Hackathon-Projekte und die Bewerbungen für das Umsetzungsprogramm evaluierten, hätten von mehr Vielfalt der fachlichen Ausrichtung sowie des soziodemografischen Hintergrunds profitiert. Schließlich stellt sich auch die Frage, wer sich monatelanges Engagement nach dem Hackathon leisten kann. Die technologischen Tools haben den Hackathon einerseits erst möglich gemacht, anderseits können sie von jenen als Barriere empfunden werden, die mit ihnen nicht vertraut sind. Schließlich stellt sich die Frage, welche Sprache für derartige Projekte gewählt wird: Eine Konzentration auf das Deutsche schließt in Deutschland lebende Talente anderer Herkunft eher aus, Englisch als Arbeitssprache kann wiederum von anderen TeilnehmerInnen als Hürde wahrgenommen werden. Das illustriert, dass jede Designentscheidung eines offenen und partizipativen Prozesses Trade-offs einschließt. Darüber hinaus brauchen partizipative Formate auch Geschlossenheit: Ohne ein sehr strukturiertes Organisationsteam, dessen Governance-Ansatz die Top-down-Koordinierung mit Bottom-up-Selbstorganisation verknüpfte, wäre dieses Format nicht möglich gewesen. Denn wenn jede Entscheidung mit allen TeilnehmerInnen hätte abgestimmt werden müssen, wäre das Format zu behäbig gewesen, um effektiv operieren zu können.

Die technologischen Tools haben den Hackathon einerseits erst möglich gemacht, anderseits können sie von jenen als Barriere empfunden werden, die mit ihnen nicht vertraut sind.

Der Hackathon und das Umsetzungsprogramm haben bereits zu getesteten und funktionierenden Lösungen geführt. #WirVsVirus-Teams sind durch das Umsetzungsprogramm in Kontakt mit Innovatoren in öffentlichen Institutionen gekommen und konnten ihre Lösungen mit Gesundheitsämtern oder lokalen Wohlfahrtsverbandsorganisationen testen. Aber damit soziale Innovation Wirkung erzielt, müssen die Lösungen auch „auf die Straße gebracht werden“: Sie müssen skaliert, repliziert und weit gestreut werden. Diese Brücke zwischen Lösung und Wirkung können Innovatoren nicht allein bauen. Derzeit mangelt es noch an einer entsprechenden Implementierungskultur, -kompetenzen und -ressourcen.

Was kann getan werden, um diese systemischen Schwachstellen zu beseitigen? Ein zentrales Element eines solchen Kulturwandels wäre die öffentliche Anerkennung der Tatsache, dass Bürger-InnovatorInnen professionelle Lösungen entwickeln können. Wir sehen darin eine Aufgabe der Politik und der Medien: Sie sollten InnovatorInnen in der Verwaltung und in Non-Profit-Organisationen herausstellen, die Mut gezeigt haben, über die eigene Organisationslogik hinauszuschauen und Wege durch den bürokratischen Dschungel zu ebnen, um BürgerInnen-Lösungen zu skalieren. Schließlich braucht es auch eine Verbesserung von Förderprogrammen sowie die Generierung von Fremdkapital entlang des Prozesses von Innovation und Skalierung. Der Staat sollte außerdem Anreize für die potenziellen TeilnehmerInnen derartiger Prozesse schaffen. Es ließe sich beispielsweise an eine Erweiterung des freiwilligen Sozialjahrs zu einem Innovationsjahr denken, an steuerliche Vorteile oder die Vergabe von sozialen InnovatorInnenstipendien für bereits berufserfahrene Personen. Finanziert werden könnte diese

Ein zentrales Element eines Kulturwandels wäre die öffentliche Anerkennung, dass Bürger-InnovatorInnen professionelle Lösungen entwickeln können.

Politik beispielsweise durch die Zweckwidmung von nachrichtenlosen Finanzwerten in Deutschland, deren Gesamtbetrag auf zwei bis neun Milliarden Euro geschätzt wird.

Das Format des Hackathons mitsamt seinem Umsetzungsprogramm hat sich im Fall von #WirVsVirus bewährt und ist eine Blaupause für künftige Initiativen dieser Art. Dieses Format zeigt, was möglich ist. Sie ist aber noch nicht die soziale Innovation selbst. Diese setzt vor allem voraus, die jeweils Betroffenen in den Prozess zu integrieren, der von der Idee bis hin zur nachhaltigen Umsetzung reicht.

PROF. JOHANNA MAIR, PHD lehrt Leadership und Soziale Innovation an der Hertie School in Berlin und leitet das Global Innovation for Impact Lab am Stanford Center on Philanthropy and Civil Society. Sie ist seit 2017 Beirätin der Vodafone Stiftung Deutschland.

PROF. DR. THOMAS GEGENHUBER lehrt digitale Transformation und BWL an der Leuphana Universität Lüneburg und an der Johannes Kepler Universität Linz.

Von Verena Pausder

Chancengerechte Bildung im Neuen Land

In den vergangenen Jahren haben wir
viel – und im Rückblick etwas arglos –
von DISRUPTION gesprochen.

Dass sich Unternehmen,
dass sich das politische und wirtschaftliche Leben,
dass sich das Bildungssystem **radikal** ändern müsse,
damit wir zukunftsfähig bleiben.

Das letzte Jahr hat uns gelehrt
wie unbarmherzig Disruption ist,
dass radikal bedeutet, dass nichts mehr ist,
wie es gestern war.

Corona war die effektivste,
flächendeckendste Fortbildungsmaßnahme,
die unser Schulsystem je erlebt hat –
vor allem beim Thema Digitalisierung.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden:
Natürlich wäre uns und unserer
Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft
das Virus lieber erspart geblieben –
als dass wir es als Fortschrittsbringer feiern.
Aber unter den gegebenen Umständen
hat es unser Schulsystem, unsere Gesellschaft
energetisiert und zusammengebracht,
wie das zuvor niemand
für möglich gehalten hätte.

Es ist diese Energie,
dieser Zusammenhalt,
diese Offenheit für Neues,
dieser Wille zur Veränderung,
den ich mir für die Zukunft
unseres Landes wünsche.

Für meine Vision vom Neuen Land.

Unser wichtigster Rohstoff: Bildung

Ein Land,
dessen wichtigster Rohstoff
die Bildung ist
und dessen größte Chance darin liegt,
die junge Generation mitgestalten
zu lassen.

Auf dem Rohstoff Bildung muss
im rohstoffarmen Deutschland das
Hauptaugenmerk liegen.
Und Bildung sollte zwingend
mit dem verknüpft sein,
was einer gegenwärtigen und
künftigen Lebens- und
Arbeitsrealität entspricht.

Fangen wir also an –
auch im Sinne unserer Kinder –,
die Schule von morgen zu denken,
den Unterricht neu zu denken,
die Bildung des Neuen Landes
neu zu denken.

Im Neuen Land werden digitale Geräte
in den Unterricht eingebunden.
Und zwar nicht als Spielerei oder weil
Digitalisierung gerade in aller Munde ist,
sondern weil es unser Anspruch an
das Bildungssystem sein muss,
Kinder zu mündigen Bürger:innen
der Zukunft auszubilden.

Und dazu gehört fast schon zwingend
der Umgang mit digitalen Geräten,
Inhalten, Tools und Kompetenzen.

Das ist das Handwerkszeug der Zukunft.
Das ist die Lebens- und
Arbeitsrealität von morgen.
Darauf müssen Kinder
vorbereitet werden.

Lasst uns daher Coding
als das Latein der Zukunft verstehen.
Eine Sprache, die ein Fundament
für das Verständnis von Wissen schaffen
und logisches Denken schulen kann.

Nicht weil jede:r Schüler:in später auch
Programmierer:in werden muss.
Sondern weil Coding Zukunfts-
kompetenzen vermittelt:
Problemlösekompetenz,
Fehlerkultur,
Teamfähigkeit und
Entscheidungsfreude.
Denn Programmieren ist
auch ein gemeinschaftliches
Einfach-mal-ausprobieren

Und wenn wir schon dabei sind,
Unterrichtsinhalte neu zu denken,
denken wir doch gleich
den Lernort Schule neu.

Denken wir in

Klein
grup
pen,

an projektbasierten,
fächerübergreifenden,
kreativen Unterricht,
an einen weniger starren Lehrplan
und an mehr Videokonferenzen
auch für Schüler:innen.

neuer Unterricht

Kinder könnten ab jetzt optional immer
einen Tag pro Woche von zu Hause lernen.

Einmal pro Woche gibt es Onlineunterricht
und digitale Lernräume.

So wird digitale Infrastruktur
von Lehrer:innen und Schüler:innen beständig genutzt,
so verfestigen sich digitale Fähigkeiten an den Schulen.

Und so haben wir auf natürliche Weise
einen Fortbildungstag pro Woche,
der nichts kostet
und zum Learning on the Job anregt.

Ganz wichtig dabei:

Viele Schulen sind technisch
nicht auf der Höhe.
Es braucht eine funktionierende
digitale Infrastruktur,
ein professionelles Systemmanagement.
Gerade, wenn durch den Digitalpakt
viele Geräte an die Schulen kommen.

Deshalb:

Gründen wir eine Systemadministrator:innen-Allianz:
eine Allianz, die Systemadministrator:innen
von Unternehmen an Schulen „verleiht“
und einen Technikaustausch zwischen
Unternehmen und Bildungseinrichtungen organisiert.

Wir sollten keine Angst vor der digitalen Zukunft haben.
Denn bei aller Technik, die uns unterstützt
und neue Kreativität entfalten lässt,
wird kein Roboter der Welt jemals Lehrer:innen ersetzen können.

Lehrer:innen veredeln den einzigen Rohstoff,
den wir in diesem Land haben.
Sie begleiten beim Lernen, motivieren und inspirieren,
sie bilden die mündigen Weltenbürger:innen von morgen aus,
sie machen unsere Kinder zu Zukunftsgestalter:innen.

Schenken wir ihnen deshalb mehr Anerkennung und Respekt.
Und mäßigen wir unsere Leidenschaft,
ständig Defizite bei „den Lehrer:innen“ zu bemängeln.
Das hätte einen enormen Effekt auf nachfolgende Generationen,
die sich entscheiden, Lehramt zu studieren.

Wir haben hier eine einmalige Chance,
Bildung völlig neu zu denken.
Und aus Bewährtem und Neuem
etwas Zukunftsfähiges zu schaffen.
Von dem wir alle profitieren.

Wachsen wir gemeinsam mit unseren Kindern,
entwickeln wir den Anspruch, nicht nur Konsument:innen,
sondern Gestalter:innen der Welt von morgen zu sein.

Gestalten wir dazu die Schule neu,
und schaffen wir ein neues Fundament für Bildung.

Denn Bildung ist das Fundament des Neuen Landes.

Wenn Bildung unser
wichtigster Rohstoff ist,
müssen wir dafür sorgen,
dass alle eine Chance
auf eine gute digitale
Bildung bekommen.

Denn es liegt auch hierzulande
am sozialen Hintergrund,
ob ein Kind eine Chance bekommt,
ob es in Schule und Schulbildung
Erfolg hat.
Das ist die traurige Realität.

Allein, dass während der Corona-Zeit
durch die Schließungen von Kindergärten,
Schulen und Schulkantinen
vielen Kindern der Zugang zu
regelmäßigen Mahlzeiten verwehrt blieb,
ist eine jener „Ungleichheiten“,
die es im Neuen Land
nicht mehr geben darf.
Auch nicht, dass man viele Kinder –
und auch deren Eltern –
einfach sich selbst überließ.

ein neuer Zusammenhalt

In den Corona-Tagen hat sich jedoch,
zumindest in den ersten Wochen,
auch eine tiefe Menschlichkeit offenbart,
ein neuer Zusammenhalt.
Es wäre wichtig,
diese Menschlichkeit,
dieses Miteinander,
diesen Zusammenhalt
in das Neue Land „mitzunehmen“.

Wie viel mehr könnte das Land,
wenn wir nicht abgegrenzt,
sondern aneinander denken.
Und vor allem auch
an die nächsten Generationen.

Wir können es uns schlichtweg
nicht mehr erlauben,
Probleme in die Zukunft zu verschieben,
statt sie in der Gegenwart zu lösen.

Wir nehmen unseren Kindern
damit die Luft zum Atmen.
Wir kippen ihnen
unsere Probleme vor die Füße –
und finden es nervig, wenn sie die Straßen
mit Fridays-for-Future-Demos blockieren.

Stattdessen brauchen wir genau das.

Es kann dem Neuen Land
nichts Besseres passieren als
eine **starke,**
laute,
veränderungsbereite,
politisch interessierte,
aktive Jugend!

Weltweit sind nur zwei Prozent
aller Parlamentarier:innen
unter 30 Jahre alt.

Lassen wir die Jugend mitreden.
Lassen wir sie über ihre
Zukunft mitentscheiden.
Lassen wir sie so früh
wie möglich wählen.

Denn Fakt ist:
Wir sind ein sehr altes Land.

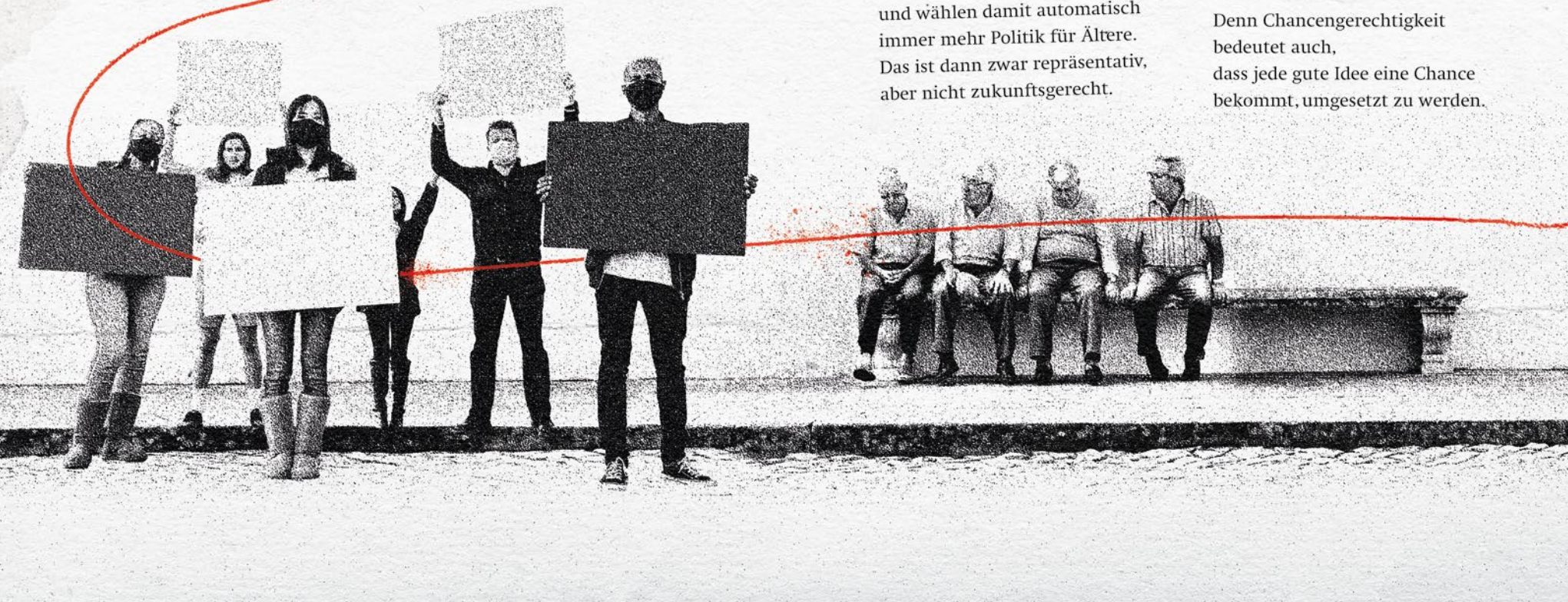
Bei uns ist fast ein Viertel
der Bevölkerung über 64 Jahre alt.
Und die Babyboomer
kommen erst noch.
Wir werden immer älter,
dürfen folglich auch
immer länger wählen,
und wählen damit automatisch
immer mehr Politik für Ältere.
Das ist dann zwar repräsentativ,
aber nicht zukunftsgerecht.

Also wäre es nur konsequent,
die Jüngeren früher wählen zu lassen.
Damit sie einen längeren
Wirkungszeitraum haben.

Im Neuen Land wird also früher gewählt,
nämlich ab 16 Jahren.

Und:
Halten wir es aus,
dass die Jugend anders denkt.

Denn Chancengerechtigkeit
bedeutet auch,
dass jede gute Idee eine Chance
bekommt, umgesetzt zu werden.



Wir haben in Deutschland
kein Erkenntnisproblem,
wir haben ein Umsetzungsproblem.

Das Drama unserer eigentlich
so bewundernswerten Ingenieursseele:
Dass wir die Dinge, die wir kennen,
perfekt machen.
Und zwar nur die.

Die Dinge, die wir nicht kennen,
machen wir nicht.
Weil wir Fehler machen könnten.

Lieber nichts machen,
als das Falsche machen.
Lieber nicht gründen,
als insolvent gehen.

Aus Furcht, einen ersten
ungewohnten Schritt zu gehen,
versäumen wir,
etwas Großes zu erschaffen.

Die Frage ist: Wie schaffen wir die Voraussetzung dafür,
dass unsere Kinder den gleichen Wohlstand haben wie wir?
Das schaffen wir nur mit Innovation.
Und die ist in Zukunft eng verbunden mit Digitalisierung.

Innovation entsteht durch den Mut, zu machen und auszuprobieren.

Mutig sein heißt auch, Mut zur Lücke zu haben.
Wir müssen uns,
wie es der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio formuliert hat,
trauen,
„in Zukunftstechnologien zu investieren –
ohne alle Antworten vorher zu haben“.

Der Weg nach vorn, ins Neue Land

Lasst uns …

… mehr Mutanfälle
und Mutausbrüche haben!

… Unternehmertum und Innovation
an den Schulen unterrichten.

… die Stimme unserer Kinder ernst
nehmen und sie wählen lassen.

… gemeinsam mit unseren Kindern
lernen. Ausprobieren.
Fehler machen. Neues schaffen.

… ein starkes Digitalisierungsminis-
terium einsetzen, das Innovatio-
nen in Deutschland Priorität gibt.

Lasst uns gemeinsam in Innovationen
für unser Land investieren.
Mit einer Innovationsabgabe.
Einem Fonds, aus dem wir schöpfen können.
Der es uns erlaubt, größer zu denken.
Und die Zukunft mit Lust zu gestalten.
Sie vor uns hertreiben.
Nicht vor ihr weglaufen.

Wir erleben die Auswirkungen einer weltweiten Pandemie.
Menschen haben ihr Leben verloren.
Unternehmen haben harte Zeiten vor sich.
Arbeitsplätze gehen verloren, Träume zerplatzen,
Entwürfe und Konzepte haben sich erledigt.

Aber:
Es geht weiter.

Und wir haben nun
zwei Möglichkeiten:

1.

Erstens:
Wir können den Wandel tragisch
und dramatisch finden
und alle diejenigen,
denen etwas weggebrochen ist,
irgendwie trösten
und so lange wie möglich
notwendige Maßnahmen
hinauszögern.

2.

Oder zweitens:
Wir können etwas machen.
Wir können Chancen eröffnen.
Wir können den Menschen zeigen,
was vor ihnen liegen könnte,
und gemeinsam mit ihnen ein
positives Bild der Zukunft entwickeln.

Darin sehe ich die Aufgabe von Politik:
Wir brauchen politische Führung, die Chancen sieht.
Wir brauchen Menschen, die Verantwortung
für die Zukunft übernehmen.
Wir brauchen
mehr Engagement,
mehr Fantasie,
mehr Wille –
und vor allem einen Glauben daran,
mit verändern zu können.

Jetzt ist die Zeit, etwas anders zu machen.
Jetzt ist die beste Zeit für ein Neues Land.

VERENA PAUSDER ist Unternehmensgründerin, Autorin und Expertin für digitale Bildung. Während der Corona-Zeit stellte sie homeschooling-corona.com ins Netz und initiierte mit #wirfuerschule den größten Bildungs-Hackathon des Landes. In ihrem Buch „Das Neue Land" – aus dem hier Auszüge veröffentlicht sind – entwirft sie ihre Vision einer kreativen, chancengerechten und solidarischen Gesellschaft in der digitalen Gegenwart.

Ein Gespräch mit Julius de Gruyter & Kai Lanz

Wir stoßen auf Institutionen, denen es unangenehm ist, dass auf einmal ein neuer Player präsent ist

FRAGE Herr De Gruyter, Herr Lanz, Sie beide haben zusammen mit einem weiteren Schulfreund während der Corona-Krise den Onlinedienst krisenchat.de gegründet. Um was handelt es sich da?

KAI LANZ Das ist Beratung für Menschen unter 25 Jahren, die in psychosozialen Krisen stecken. Das Medium sind Onlinechats, täglich und rund um die Uhr. Mit einem weiten Themenspektrum, es reicht vom Liebeskummer bis zur Einsamkeit, zu Ängsten, Depressionen, selbstverletzendem Verhalten und Suizidgedanken. Die Gespräche werden von fachlich qualifizierten Krisenberater*innen geführt, die sich ehrenamtlich bei uns engagieren.

Machen Sie auf krisenchat.de auch Erfahrungen mit den Auswirkungen der Pandemiekrise?

JULIUS DE GRUYTER Definitiv. Es ist vor allem so, dass Corona wie ein Brennglas für Probleme wirkt, die schon vor der Pandemie bestanden und danach fortbestehen werden. Diese Probleme konzentrieren sich beispielsweise, wenn mit der Schule ein soziales Netz wegfällt. Ein anderer, verstärkender Faktor ist oft die Belastung der Eltern durch die Krise, etwa wenn der Job verloren geht. Man kann ganz allgemein sagen, dass die Corona-Krise auf dem sozialen Klima und dem Umfeld der Jugendlichen lastet.

Welche Rolle spielt Stress in den Chats?

LANZ Stress ist ein weiterer Faktor, der bereits existierende Probleme verstärkt. Wir erleben viele Chats, die mit Erwartungsdruck zu tun haben, mit Erwartungen an sich selbst oder mit Erwartungen der Eltern.

Tragen Social Networks ebenfalls zur Entstehung psychosozialer Krisen bei?

DE GRUYTER Ja, in Fällen von Mobbing beispielsweise hat man den Täter oder die Täterin rund um die Uhr ganz nah bei sich, in der Hosentasche. Ein anderes Beispiel sind Influencer, die perfekt wirken und an denen sich die Jugendlichen messen. Dann kommen Gedanken wie „mein Körper ist nicht so perfekt“ oder „mein Leben ist aber nicht so toll“. Ein weiteres Problem entsteht, wenn Jugendliche ihre Beliebtheit aus den Likes auf Social Media ablesen, da entsteht eine Sogwirkung, man kann sich schnell verlieren darin, ganze Tage lang. Wir sehen andererseits immer mehr Influencer, die genau auf diese Probleme aufmerksam machen.

LANZ Der Netflix-Film „The Social Dilemma“ hatte das Grundproblem der Social Networks vor einigen Wochen thematisiert: Die Intentionen der Plattformbetreiber und der Nutzer sind nicht die gleichen. Die Plattformbetreiber wollen, dass die Nutzer möglichst viel Zeit in den Systemen verbringen, die Nutzer aber wollen das

In Fällen von Mobbing hat man den Täter rund um die Uhr ganz nah bei sich.

nicht unbedingt, sondern eher möglichst viel Wert für sich selbst mitnehmen. Diesen ungleichen Wettbewerb gewinnen häufig die Plattformbetreiber.

Die unterschiedlichen Interessenlagen kennt man von Spielautomaten. Diese werden so konstruiert und gestaltet, dass die Spieler*innen permanent den Anreiz spüren, weiterzuspielen.

LANZ Deswegen sind Spielautomaten für Kinder auch nicht erlaubt.

Wo sehen Sie die Unterschiede zwischen den Kommunikationswelten der jüngeren und der älteren Generationen?

DE GRUYTER Die Jungen chatten sehr gern, der Chat ist das Medium unserer Generation. Studien zufolge nutzen 94 Prozent der Kinder und Jugendlichen täglich WhatsApp. Deshalb haben wir ja auch einen Krisenchat eingerichtet und kein Krisentelefon.

Würden Sie aufgrund Ihrer Beobachtung der These zustimmen, dass die Aufmerksamkeitsspanne junger Leute auffallend kurz geworden ist?

DE GRUYTER Ich merke es an meinem eigenen Konsum von Social Media. Ich werde dabei schnell abgelenkt. Zum Beispiel habe ich an einem Abend sieben Stunden lang die US-Wahl auf CNN und twitch.tv verfolgt, aber gleichzeitig auf den Websites der Washington Post, der New York Times und der Los Angeles Post nachgesehen, was los war.

LANZ Es gibt immer mehr Information im Internet, und die Wahrscheinlichkeit, dass etwas meine Aufmerksamkeit an sich zieht, steigt deutlich. Da wird laufend Neues angeboten, irgendetwas Buntes, Bewegliches …

DE GRUYTER … das ist auch das Prinzip von TikTok: kurze Videos, deren Zweck darin besteht, dass sie viral gehen.

Was ist zu tun, um Jugendliche in den Stand zu versetzen, mit dieser Herausforderung fertig zu werden?

LANZ Ich glaube, man muss bei ihrem Verständnis von digitaler Technik ansetzen. Viele in der jungen Generation sind sehr stark an ihr Smartphone gebunden, sie sehen es nicht als Werkzeug, das ihren Zwecken dient, sondern als etwas, das einfach immer da ist, wie selbstverständlich. Und Tausende Softwareentwickler haben nichts anderes zu tun, als dafür zu sorgen, dass die Leute möglichst viel Zeit damit verbringen. Kein Wunder, dass es da schwerfällt, sich selbst Grenzen zu setzen und zum Beispiel zu sagen: Sonntags ab 14 Uhr wird das Handy ausgeschaltet.

Mir gelingt das nicht. Wie ließe sich ein solcher kritischer Umgang mit der Technik vermitteln – wäre das eine Aufgabe der Schule?

LANZ Auf jeden Fall. Die Vermittlung digitaler Medienkompetenz in der Schule ist ja schon seit langer Zeit ein Thema. Bis sich Lehrpläne mal ändern, vergehen allerdings viele Jahre.

DE GRUYTER Wir als junge Leute können mit dem iPhone intuitiv umgehen, denn es kam ja raus, als wir noch kleiner waren, und als Kind versteht man Neues schnell. Allmählich aber ziehen jetzt die Erwachsenen nach, sie begreifen, was die Digitaltechnik mit sich bringt, und beginnen jetzt vielleicht, diese Bereiche zu regulieren. Uns hat man sozusagen noch frei damit herumlaufen lassen, damals gab es zum Beispiel die Funktionen nicht, die den Umgang mit Apps einschränken. Ich hoffe, dass wir in den kommenden Jahren so etwas wie digitale Erziehung in den Schulen erleben werden.

Wie bewerten Sie den Stand der Digitalisierung und der Diskussion darüber in Deutschland?

LANZ In einigen Bereichen ist die Digitalisierung sehr fortgeschritten, etwa im E-Commerce. Aber im Bildungs- und im Gesundheitssystem? Jetzt in der Corona-Krise ändert sich das vielleicht, aber in den Schulen kommt immer noch ziemlich wenig an von alledem.

Die Plattformen wollen, dass Nutzer möglichst viel Zeit in den Systemen verbringen, die Nutzer wollen das nicht unbedingt. Diesen Wettbewerb gewinnen häufig die Plattformen.

Wo hakt es in den Schulen?

DE GRUYTER Das frage ich mich auch manchmal. Man wusste doch seit März, was da heranrollt, man hätte sich darauf einstellen können. In einigen Bundesländern gab's iPads, und einige Schulen haben einen tollen Job gemacht, aber insgesamt ist wenig passiert. Oder nicht das Richtige. Hier in Berlin zum Beispiel erhielten Schulleiter zwei Tage vor Unterrichtsbeginn einen 80-seitigen Reader und einen Tag später 30 Seiten Korrekturen dazu – das war dann die Vorbereitung auf den Unterricht unter Corona-Bedingungen. Und das Thema digitaler Unterricht war nicht wirklich

das Thema. Warum? Vielleicht liegt es daran, dass sich Schulen und Schulbehörden nicht in einem Wettbewerb bewähren müssen. Ein Unternehmen, das nicht untergehen will, muss auf Zoom-Meetings umstellen. Aber wo entsteht der Druck, der dafür sorgt, dass eine achte Klasse auf gute Weise online unterrichtet wird? Oder dass die Schule so organisiert wird, dass Anwesenheiten im Schichtbetrieb möglich sind? Es wäre eine große Chance gewesen, mit hybriden Konzepten auch im Herbst und Winter die Pandemie effektiv zu bekämpfen, ohne dass Kinder und Jugendliche auf Bildung verzichten müssen.

Fehlt da wirklich Druck oder nicht vielmehr Freiheit?

DE GRUYTER Den Lehrkräften fehlt es jedenfalls nicht an Fantasie. Nein, es sind die Verwaltungen, in denen es zu wenig Anreize für Veränderungen gibt.

Sie beide haben etwas umgesetzt, das man eine soziale Innovation nennen kann. Sind mit der Digitalisierung die Möglichkeiten für derartige Innovationen gewachsen?

LANZ Auf jeden Fall. Schon allein wegen der Vernetzung, der digitalen Zusammenarbeit. Wir haben zum Beispiel Krisenberater in Kanada, in den USA und in Japan.

Welche Unterstützung brauchen Start-ups wie Ihres?

LANZ Unsere größte Herausforderung besteht darin, krisenchat.de nachhaltig aufrechtzuerhalten. Dafür suchen wir derzeit Unterstützer. Wir wollen ja auch wachsen, denn der Bedarf ist riesig. Doch wir stoßen auf Institutionen, denen es unangenehm ist, dass auf diesem Gebiet auf einmal ein neuer Player präsent ist, der mit ihnen womöglich um Fördergelder konkurriert. Von staatlicher Seite spüren wir ebenfalls nicht den Drang, mal etwas Neues auszuprobieren. Oft ist es im Non-Profit-Bereich eher so, dass man am liebsten mit Leuten zusammenarbeitet, die man schon seit Jahren oder sogar Jahrzehnten kennt.

DE GRUYTER Ein For-Profit-Start-up kann wachsen, wenn die Kunden sein Angebot nutzen. Im gemeinnützigen Bereich ist das nicht automatisch so. Da kann es am Geld fehlen, selbst wenn das Angebot den anderen überlegen ist. So eine Erfahrung kann ganz schön auf den anfänglichen Elan drücken. Zum Glück lassen wir uns und lassen sich auch unsere tollen ehrenamtlichen Helfer nicht unterkriegen. Wir bleiben auf jeden Fall dran.

Die Weiterentwicklung dieses sogenannten Dritten Sektors setzt vielleicht auch einen Kulturwandel voraus.

LANZ Ja, und der kommt nicht von heute auf morgen. Allerdings könnte die Corona-Krise etwas verändern. Sie hat trotz des Makrotrends der gesellschaftlichen Spaltung doch viele Leute zusammengeschweißt.

DE GRUYTER Es wird gerne gesagt, ach, die Leute haben ja nur vom Balkon aus geklatscht. Aber da ist eben mehr. Ich glaube, die Hilfsbereitschaft nimmt zu. Wir sehen das an den vielen Freiwilligen, die sich bei uns melden.

JULIUS DE GRUYTER und **KAI LANZ** haben zusammen mit ihrem Schulfreund Jan Wilhelm die Plattform krisenchat.de gegründet, ein Onlineangebot für junge Leute in Krisensituationen. Zuvor hatten sie die App exclamo für Schulen entwickelt, einen sicheren digitalen Ort für Schülerinnen und Schüler, die von Mobbing oder häuslicher Gewalt betroffen sind.

Chancen für eine lebendige Demokratie

Ein Gespräch mit Udo Di Fabio

Der Spiegel der demokratischen Identität im öffentlichen Diskurs wirkt zerbrochen

FRAGE Herr Di Fabio, Sie haben einmal die Metapher des zerbrochenen Spiegels gewählt, um den Zustand der deutschen Gesellschaft zu charakterisieren. Wie war das gemeint?

UDO DI FABIO Die öffentliche Meinung ist der Spiegel politischer Willensbildung. Der öffentliche Meinungsraum ist die Arena für den Streit um die Sache, die Artikulation von Interessen. In den 1960er-Jahren hatte der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel die Bundesrepublik mithilfe des Pluralismusbegriffs beschrieben. An die Stelle einer national idealisierten oder gar völkisch verstandenen Homogenität trat die Vorstellung eines offenen, pluralen Meinungsstreits, in dem Organisationen wie zum Beispiel Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände oder NGOs ihre Positionen vertreten. Diese klassische Vorstellung einer deliberativen Demokratie wird im parlamentarischen Diskurs von Regierung und Opposition institutionalisiert, lebt aber von gesellschaftlichen Kräften und ihren Impulsen. Doch die genannten intermediären Organisationen haben an Kraft verloren. Das gilt sowohl für die Verbände als auch für die öffentlichen Meinungsbildner, etwa die

Presse. Journalistische Gatekeeper, die Türhüter des Bedeutsamen und politisch Sagbaren, verloren durch die neue Wirklichkeit des Netzes an Gewicht. Das Internet hat die öffentliche Meinungsbildung dezentralisiert und demokratisiert. Neue soziale Foren sind spontan, kreativ und ohne Zugangshindernisse gewiss eine Innovation. Aber inzwischen registrieren wir auch eine Fragmentierung von Verständigungsräumen und nicht nur an den Rändern eine neue Art der Verwahrlosung. Es wird nicht mehr so sehr um die Sache gestritten, sondern die Rechthaber, die Guten und die Wissenden bleiben jeweils unter sich. In den USA ist Donald Trump über seine Twitter-Gefolgschaft zu einem Machtfaktor geworden, mit dem auch nach seiner Abwahl zu rechnen ist. In der Blase bestätigt man sich untereinander, außen steht der Feind. Der Spiegel der demokratischen Identität im öffentlichen Diskurs wirkt zerbrochen.

Die Fragmentierung der Öffentlichkeit ist also die Folge darunterliegender gesellschaftlicher Tendenzen?

Ja, es ist zu einfach, das Netz allein verantwortlich zu machen. Gewiss, jede technische Innovation verändert unser Alltagswahrnehmung, aber ich halte den von mir beschriebenen Verlust der Prägekraft, die Verbände wie Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen lange Zeit ausübten, für einen entscheidenden Faktor. Sie alle formen nicht mehr so sehr die Gesellschaft, sondern wirken eher wie Getriebene, und zwar von wellenförmigen Stimmungslagen. Die Gesellschaft ist stärker individualisiert, säkularisiert und mobilisiert. Sie wirkt volatiler, rasch aufkommende Strömungen drängen mal auf Konformität und mal auf Protest.

Journalistische Gatekeeper, die Türhüter des Bedeutsamen und politisch Sagbaren, verloren durch die neue Wirklichkeit des Netzes an Gewicht.

Das Internet hat die öffentliche Meinungsbildung dezentralisiert und demokratisiert. Neue Foren sind spontan, kreativ und ohne Zugangshindernisse eine Innovation. Aber inzwischen registrieren wir eine Fragmentierung von Verständigungsräumen und nicht nur an den Rändern eine neue Art der Verwahrlosung.

Parteien, Gewerkschaften, Kirchen – da könnte man noch die Familie nennen und womöglich die Wehrpflicht, womit wir das ganze Arsenal des konservativen Denkens beisammenhätten. Soll das jetzt wieder mobilisiert werden, um die Zersplitterung der Gesellschaft aufzuhalten?

Der alte Konservatismus zielte mit Leitideen einer patriarchalisch beherrschten Familie und frommer Moral gerade gegen die plurale, individualisierte Gesellschaft. Sie müssen Diagnose und Rezeptur voneinander unterscheiden. Ich vertrete nicht die Rezeptur, dass wir die alte bürgerliche, sozialliberale Bundesrepublik der 60er- und 70er-Jahre wiederherstellen sollten. Das ist weder möglich noch wünschenswert. Es geht um Beobachtung, wenn sich etwas Gravierendes verändert. Ein Beispiel: Als Helmut Schmidt Kanzler war, hatte die SPD eine Million Mitglieder. Heute reden wir über die Möglichkeit einer grünen Kanzlerin und die Grünen freuen sich, dass sie in diesem Jahr die Schwelle von 100.000 Mitgliedern überschritten haben. Es schwindet die Bereitschaft, mit längerfristiger Bindung in Parteien, Gewerkschaften, in der Selbstverwaltung mitzuwirken.

Und die Rezeptur?

Die Freiheitsgewährleistungen des Grundgesetzes setzen die Bereitschaft der Bürger zur freiwilligen Bindung voraus. Selbst übernommene Pflichten gegenüber dem Gemeinwesen finden ihren Ausdruck in Ehrenämtern, ob nun bei der freiwilligen Feuerwehr, im Kreisjugendausschuss oder in der Betreuung Sterbender. Natürlich ist das Freiheitsrecht eines jedes jungen Menschen, für seine Meinung zu demonstrieren, ein Fundament unserer Demokratie. Das schützt vor Erstarrung. Aber das Rückgrat der Demokratie bilden am Ende des Tages doch diejenigen, die in Parteien, Mandaten oder politischen Ehrenämtern aktiv sind.

Aber ist das eine Pflicht?

Bundespräsident Joachim Gauck hat mich einmal gefragt, ob man nicht mehr über Grundpflichten als über Grundrechte diskutieren sollte ...

... Helmut Schmidt wollte das auch ...

... ja, das sind die im besten Sinne kantianisch Denkenden. Für sie ist klar, dass eine Pflicht nicht von außen auferlegt werden soll, sondern zuerst von innen, aus unserer eigenen Urteilskraft folgt. Das ist eine liberale Kant-Lektüre, keine etatistische. Ich wünsche mir eine Diskussion unter Bürgern darüber, was zur Selbstbehauptung der Demokratie nötig ist. Eine solche Diskussion braucht man, sonst könnte die Antwort auf die fortschreitende Individualisierung von anderer Seite kommen, von der Seite eines neuen Kollektivismus.

Ist während der Corona-Krise ein neuer Gemeinsinn sichtbar geworden?

Die volatile Gesellschaft ist widersprüchlich. Ja, neuer Gemeinsinn, eine erstaunlich breite Einsicht in die Notwendigkeiten einer epidemischen Lage, aber auch Egozentrik und vereinzelt Aggressivität. Die Herausforderung durch die Pandemie erzeugt auch eine

gewisse Konformitätssehnsucht. Die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft will klare Führung und klare Regularien, man fürchtet um die Gesundheit sowie um das Gemeinwesen. Die sogenannten Corona-Proteste sind bisher ein Randphänomen.

Die Deutschen sind also brav?

Sie sind vernünftig. Im März hatten mich Journalisten gefragt, ob ich es als Verfassungsrechtler nicht kritisch sehe, wie engagiert die Bürger in den Lockdown gegangen sind. Man habe ja fast den Eindruck, die Regierungen brauchten ihn nicht erst zu verfügen, weil sich die Leute schon von sich aus entsprechend verhielten. Und ob da nicht auch so etwas wie Untertanengeist zum Vorschein komme, vielleicht sogar ein Widerschein der alten Blockwartmentalität. Ja, vielleicht. Aber es zeigt sich auch Bürgersinn, bürgerliche Urteilskraft. Im Spätherbst 2020, als die Lage unklarer wurde, appellierten die Regierenden dann immer noch an diese Urteilskraft, aber der Ton war schon ein anderer geworden, die Bürger wurden ermahnt und die Feiernden beschimpft. Bis jetzt allerdings, wo wir dieses Gespräch führen, hält noch die Balance aus Bürgersinn und die Bereitschaft, Regeln zu befolgen.

Ich wünsche mir eine Diskussion unter Bürgern, was zur Selbstbehauptung der Demokratie nötig ist.

In einigen Bundesländern wird der Unterricht über Politik und Gesellschaft nach wie vor „Gemeinschaftskunde“ genannt. So war es auch in meiner Schulzeit. Damals verschwand die Gesellschaft als Ort der Interessenwidersprüche hinter der alles einlullenden Gemeinschaft.

Alle Versuche, die Gesellschaft nur über die Gemeinschaft zu organisieren, sind ins Totalitäre geraten. Meine Befürchtung ist aber, dass eine Gesellschaft, die ohne Gemeinschaft auszukommen meint, ihren inneren Zusammenhalt und die Bedingungen ihrer Funktionsfähigkeit verliert.

Gemeinschaften können auch problematische Züge tragen.

Stellen wir uns beispielsweise eine Großfamilie von vor 100 Jahren vor, womöglich auf dem Land. Für uns heute ein Bild der Gängelung und Unterdrückung. Doch wenn wir uns in unserer heterogenen Gesellschaft umblicken, dann sehen wir, dass auch jetzt noch autoritäre großfamiliäre Strukturen in manchen Milieus fortdauern. Wir reagieren darauf, indem beispielsweise mehr U3-Betreuung und Sprachstandsprüfung im dritten Lebensjahr gefordert wird. Das ist richtig. Die Gesellschaft ist komplex. In manchen Einwanderermilieus werden Kinder nicht auf die freie Gesellschaft vorbereitet, sondern auf Gehorsam gedrillt. Aber auch die Erosion von Familie in der bürgerlichen Mitte lässt manche Kinder allein, trimmt sie auf Leistung ohne Geborgenheit. Es geht um neue überzeugende Lebensformen, die gerade Kindern gerecht werden. Wir müssen heute etwas leisten, das man reinventing family nennen könnte: neue Formen des Familienlebens auch institutionell plausibel zu machen, die mit der Veränderung von Rollenverständnissen und Lebensentwürfen einhergehen.

Alle Versuche, die Gesellschaft nur über die Gemeinschaft zu organisieren, sind ins Totalitäre geraten.

Meine Befürchtung ist aber, dass eine Gesellschaft, die ohne Gemeinschaft auszukommen meint, ihren inneren Zusammenhalt und die Bedingungen ihrer Funktionsfähigkeit verliert.

Das hat aber auch Voraussetzungen, etwa geeignete Bedingungen in der Arbeitswelt. Das Patriarchat ist dort hartnäckig und existiert fort, wie eine Endmoräne.

Das Patriachat als Herrschaftsform hat in unseren Breiten ausgedient. Ansonsten ist manchmal schwer zu entscheiden, was Endmoräne, was anthropologische Konstante und was rückwärtsgewandte Subkultur ist. Wir sollten jedenfalls aus den alten Frontstellungen herauskommen. Nach dem Rückzug der herkömmlichen Rollenklischees und der Niederlage repressiver Normalitätsmuster gilt es doch, die neuen Freiheiten kreativ zu leben, aber auch neue Gefahren erkennen und nicht endlos die Kämpfe gegen das Gestern fortsetzen. Möglichkeiten nutzen und das Neue beobachten!

Mit anderen Worten: Sie setzen auf Lernprozesse.

Ja. Und der Gesetzgeber sollte sich da durchaus als ihr Förderer verstehen. Das Grundgesetz stellt die ergebnisoffene persönliche Freiheitsentfaltung in den Mittelpunkt, und der Staat soll dafür eine Rahmenordnung schaffen, nicht aber mit starren Ergebnisvorgaben eine Verhaltenslenkung betreiben. Der Rechtsstaat verteidigt die Toleranzordnung gegen Gesetzesbruch und die Feinde der offenen Gesellschaft. Der fördernde und Engagement fordernde Sozialstaat muss mehr in eine entsprechende Infrastruktur investieren, etwa mit den Schulen, dem gesamten Bildungssystem.

Wie können die Schulen Freiheit und gesellschaftliche Integration zugleich fördern?

Seit dem Zeitalter der Aufklärung nimmt die Schule im Institutionengefüge eine zentrale Position ein. Sie ist seitdem nicht nur für Privilegierte da, vielmehr sollen alle Bürger in den Stand versetzt werden, kompetent und mündig zu sein. Die Schulen sind heute an vielen Stellen überfordert und nicht richtig gerüstet. Wenn die intermediären Kräfte einer Gesellschaft abnehmen, dann bürdet man den Schulen gern die Integrationsaufgaben auf. Zurzeit ist

das zu viel. Lehrkräfte, zumal an Brennpunktschulen, sind damit oft überfordert.

Und dann müssen sie auch noch den richtigen Umgang mit heutigen Technologien vermitteln.

Es reicht nicht, Geräte zur Verfügung zu stellen. Vieles bleibt der Initiative der Lehrkräfte überlassen.

Was soll man tun?

Die Schulen brauchen organisatorische Stärkung und wirksame Hilfen. Zum Beispiel könnten die Länder vermehrt Digitalscouts in die Schulen schicken: Experten, technisch und pädagogisch auf dem neuesten Stand und ausgestattet mit einem eigenen Budget, die rasch eine Infrastruktur aufbauen, damit wir beim nächsten Lockdown hier nicht wieder in ein Loch fallen. Wenn uns das technologische Wissen so wichtig ist, wie immer behauptet wird, dann müssen wir die Schulen auch autonomer machen und die Leitung der Schule stärken.

Und was wäre das pädagogische Ziel?

Wenn über Digitalisierung gesprochen wird, dann denkt man zumeist nur an die technische Ertüchtigung der Schüler. Das ist aber zu wenig. Die Schule soll Kompetenzen vermitteln, damit sich junge Menschen in der Welt nach eigenen Vorstellungen entfalten können. Sie sollen die Technik weder wie ein Schicksal akzeptieren noch feindselig beargwöhnen, sondern sie gestalten lernen: kritische und gestaltende Aneignung der Welt. Denken Sie nur an die Herausforderung durch künstliche Intelligenz: Welche Entscheidungen wollen wir an technische Systeme delegieren, welche soll der Mensch treffen? Die Schule ist der Ort, in dem gelernt werden muss, über solche Fragen mit Gründen mitzudiskutieren.

PROF. DR. DR. UDO DI FABIO ist Jurist und Sozialwissenschaftler. Von 1999 bis 2011 war er Richter des Bundesverfassungsgerichts. Seit 2003 lehrt er Staatsrecht an der Universität Bonn. Er ist Direktor des Forschungskollegs normative Gesellschaftsgrundlagen. Neben seiner fachlichen Publikationstätigkeit meldet er sich öffentlich auch mit Beiträgen zur Politik und Gesellschaftsphilosophie zu Wort. Udo Di Fabio ist seit 2017 Beirat der Vodafone Stiftung Deutschland.

Ein Gespräch mit Ricarda Lang & Quang Paasch

Die Jugend wird gerade von selbst politisch

FRAGE Herr Paasch, wo sind die Fridays for Future geblieben? Man hört so gar nichts mehr von ihnen.

PAASCH Wir sind nicht weg. Immerhin haben wir im September einen Streik durchgeführt. Aber wir sind Teil dieser Gesellschaft, die Pandemie trifft uns auch.

Wenn Schulen schließen, fällt ein wichtiger Ort für Ihre Bewegung weg.

PAASCH Genau. Wir passen aber unsere Protestformen an und wir sammeln unsere Kraft, denken über die Strategie für das Jahr 2021 nach und darüber, wie wir in die Bundestagswahlen gehen.

Frau Lang, Sie waren zwei Jahre lang Sprecherin der Grünen Jugend. Aus Ihrer Erfahrung: Was wissen wir über die handlungsleitenden Motive junger Menschen, die politisch aktiv werden?

LANG Ich bin vorrangig zwei Motiven begegnet. Zum einen dem Gefühl, dass die eigene Zukunft von der Politik vernachlässigt wird, dass diese zu oft geleitet wird von Kurzfristigem: Was geschieht in dieser Woche, in diesem Monat, während der vor uns liegenden Regierungszeit. Aus dieser Perspektive fallen gerade die Jüngeren heraus, für die natürlich relevant ist, was in 20 oder 30 Jahren sein wird. Das beste Beispiel dafür ist die Klimakrise. Zum anderen ist die jetzige junge Generation vielleicht die erste seit Langem, die ganz deutlich spürt, dass die neoliberale Idee nicht aufgegangen ist, nach der man die Welt individuell verändern kann. Eine Generation, die begreift, dass man sich organisieren muss, dass man politisch werden muss, anstatt bloß anders einzukaufen, zu konsumieren und sozusagen von zu Hause, jeder für sich, die Welt zu retten.

Herr Paasch, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fridays for Future treffen nicht nur Aussagen über die Gegenwart, sondern auch über die Zukunft. Aber das ist schon ein schwieriges Gebiet, oder? Über die Gegenwart lässt sich leichter sprechen als über die Zukunft.

PAASCH Ja, total! Wir in Deutschland befinden uns allerdings auch in einer besonderen Situation. Zum einen sind wir privilegiert, wir leben in einem Rechtsstaat, es gibt weniger Repression, zum anderen sind wir auch nicht ganz so betroffen. Bei uns ist die Klimakrise für viele noch immer ein abstrakter Begriff, eine Zukunftsfrage, während sie für andere längst konkrete Gegenwart ist. Im globalen Süden ist sie eine Realität des tagtäglichen Lebens.

LANG Wir stehen vor der Aufgabe, eine Zukunftsfrage zur Gegenwartsfrage zu machen.

Welche Rolle spielt die Tatsache, dass die heutige junge Generation in einer neuen Kommunikationswelt aufgewachsen ist, in einer Welt der sozialen Medien und der Plattformen?

LANG Ich glaube, dass diese Medien erstens zu dieser neuen Organisationsfähigkeit beigetragen haben. Es fällt heute leicht, sich über die Plattformen zu Demonstrationen zu verabreden. Zweitens eröffnen sie die globale Perspektive. Ich kann mich innerhalb von Sekunden mit Leuten von den Philippinen oder in Bangladesch austauschen, die viel krasser von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Und drittens schaffen diese Medien eine gemeinsame Wahrnehmung der Gegenwart durch die Bilder, die im Netz herumgehen.

PAASCH Das exponentielle Wachstum der Bilder- und Informationsmenge trifft auf diese jungen Individuen, auf ihre Körper, und das bewirkt etwas. Klar, die digitalen Medien sind auch ein Zugang zu mehr Wissen, aber die Herausforderung ist sehr groß: ein riesiger Input, wie ihn junge Menschen vor 30 Jahren nicht verarbeiten mussten. Die hatten mal was im Radio gehört, im Fernsehen gesehen oder in der Zeitung gelesen, aber bei uns ist es so, dass wir pausenlos und sofort die Nachrichten bekommen, live, etwa von einem Anschlag in Buxtehude und zugleich von einer Überschwemmung in Sri Lanka.

Die Plattformen verändern also die Wahrnehmungsweise, den Wissenszugang und die Handlungsformen. Was sind unter diesen Bedingungen die Strategien des Wahrheitsgewinns?

LANG Was zugenommen hat, ist der Austausch von Argumenten, die Suche nach gemeinsamen Mustern der Welterklärung. Social Media bedeutet eben nicht notwendigerweise Individualisierung in dem Sinne, dass jede und jeder allein mit seinem Smartphone bleibt, sondern dass gemeinsam nach Erklärungen gesucht wird. Im positiven wie im negativen Sinn, das ist klar.

Und wie findet man dann heraus, was richtig ist, wie findet man dann Wahrheit?

LANG Die Grundlage sollten Fakten sein. Aber auf dieser Grundlage müssen dann politische Entscheidungen getroffen werden. Und die hängen wiederum von Werten und Zielen ab.

Bei uns ist die Klimakrise für viele noch immer ein abstrakter Begriff, eine Zukunftsfrage.

Wir stehen vor der Aufgabe, eine Zukunftsfrage zur Gegenwartsfrage zu machen.

Was muss geschehen, damit Sie etwas als eine Tatsache akzeptieren, Herr Paasch?

PAASCH Wir kommen über die Wissenschaften zu Fakten. Und auch zu Hinweisen darauf, was getan werden sollte. Ich meine damit nicht Wahrheiten, sondern eben Hinweise, und ich spreche auch nicht nur von der Klimawissenschaft, sondern auch von den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. Wir jungen Menschen, die ja zum Teil noch nicht wahlberechtigt sind,

Das Vertrauen einer Generation in die Handlungsfähigkeit der Politik steht auf dem Spiel.

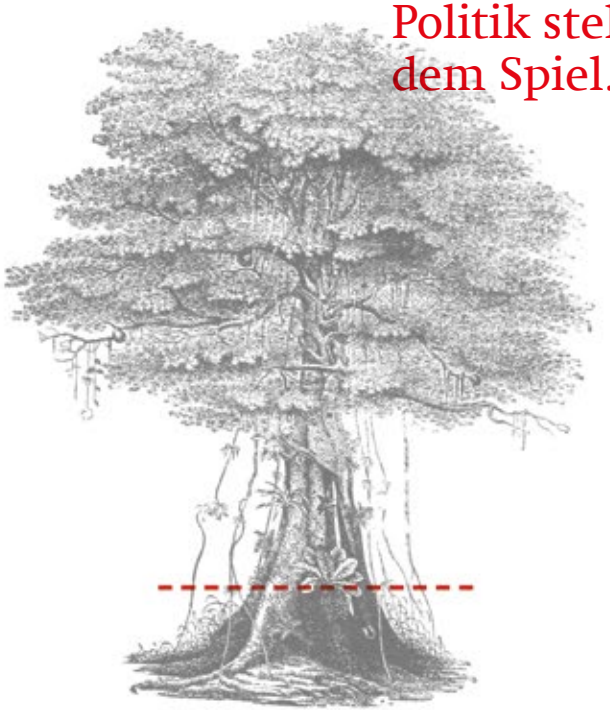


Fig. 269.—THE SOUTH AMERICAN FIG ("FIGUEIRA").

verlangen von den Akteuren, dass ihre Handlungen durch die Wissenschaften beglaubigt werden. Mehr nicht. Wenn beispielsweise die Auskunft der Wissenschaft lautet, eine bestimmte Politik sei konform mit dem Ziel einer Klimastabilisierung, dann heißt das noch immer nicht, dass es eine gute oder die einzige gute Politik ist. Da gibt es noch mehr Kriterien, etwa soziale Gerechtigkeit.

LANG Ja, deshalb muss man auch vorsichtig sein bei Slogans wie „unite behind the science". Wissenschaft ersetzt die Politik nicht und die Politik ist auch keine Exekutivfunktion der Wissenschaft.

Sprechen wir da auch gerade über Corona?

LANG Ja, auf jeden Fall. Die Zahlen geben uns einen klaren Auftrag, aber dann folgt ein demokratischer Prozess, der immer mit Prioritätsentscheidungen verbunden ist, etwa darüber, ob und wann Schulen und Kitas zu schließen sind. Manchmal wird der Wissenschaft von außen eine Heilsbringerrolle zugewiesen, auch der Klimawissenschaft beispielsweise. Aber die meisten Klimaforscher, die ich kenne, wollen sich nicht hinstellen und Angela Merkel sagen, wie sie regieren soll, schließlich ist es die Aufgabe der Politik, Lösungen zu bieten. Aber sie wollen, dass ihr Wissen gehört und dass es zur Grundlage von politischen Entscheidungen wird.

Sie liefern ja auch kein hundertprozentiges Wissen. Es bleiben Unsicherheiten.

LANG Die bleiben immer und die Politik muss unter Unsicherheit handeln, gerade wenn Zeitdruck besteht. Das gilt sowohl für die Corona- als auch für die Klimakrise. Aber Klimaforschung gibt es seit mehreren Jahrzehnten und die Wissenschaft hat recht klare Szenarien entwickelt. Und alle zeigen: Wir müssen dringend handeln. Trotzdem ignoriert die Bundesregierung diese Ergebnisse und verweigert notwendiges Umsteuern.

Was soll die Politik tun, um das Engagement der jungen Generationen zu fördern?

LANG „Fördern“ hat so einen paternalistischen Klang. Das Wort erinnert mich an das Gemecker der 68er über die unpolitische Jugend. In Wahrheit wird die Jugend gerade von selbst politisch. Was die politischen Akteure tun sollten, ist etwas anderes: Hürden abbauen. Die Bedingungen für Engagement verbessern. Aktiv zu werden hat Voraussetzungen, soziale Sicherheit beispielsweise. Während des Studiums oder der Ausbildung gibt es einiges, das die Energie der jungen Generation aufbraucht.

PAASCH Fridays for Future ist vorgeworfen worden, wir seien sehr weiß und bürgerlich. Und das stimmt meistenteils. Wir sind Teil des Systems, dieser Gesellschaft, in der wir sozialisiert wurden. In ihr existieren Hürden für das politische Engagement, soziale Hürden oder auch Bildungsdefizite, und wenn die Politik diese Hürden nicht abbaut, dann entwickelt sich so etwas wie Fridays for Future eben so, wie es sich entwickelt hat. Wir bemühen uns zwar, inklusiver zu werden, wir denken über unsere Redeweise, unseren Wortschatz, unsere Repräsentation und über die Zeiten unseres Engagements nach, aber wir können die Defizite der Schulen nicht ausgleichen, weder das Defizit an vermitteltem Klimawissen noch die fehlende Informiertheit über Möglichkeiten, sich politisch einzubringen. Es mangelt an politischer Bildung, besonders an den nichtgymnasialen Schulformen, und das macht uns zu schaffen. Es kann doch nicht sein, das junge Menschen zwölf Jahre lang zur Schule gehen und dann wenig darüber wissen, wie man sich politisch einmischt.

Trotzdem ist es Ihrer Bewegung gelungen, ein Faktor zu werden.

PAASCH Ich kenne junge Leute, die mir sagen: Ich habe jetzt ein Jahr oder sogar zwei Jahre lang viel Kraft in die Fridays for Future reingesteckt, viel Herz, auch Tränen, und was habe ich zurückbekommen? Es gibt immer noch keine Klimapolitik, die dem Pariser Abkommen genügt. So werden die Jungen in die Resignation gestoßen.

LANG Das Vertrauen einer Generation in die Handlungsfähigkeit der Politik steht auf dem Spiel.

Erlebt sie nicht vielmehr einen Realitätsschock?

PAASCH Wir lernen jetzt etwas über Politik. Ich hatte zu Anfang auch die naive Vorstellung: Millionen demonstrieren, und dann ist die Politik eine andere.

LANG Deshalb rücken jetzt vielleicht die Parteien und die Wahlen in den Fokus. In der Politik geht es auch um Mehrheiten, um Macht und Interessen, nicht nur um Wissen, etwa das Wissen über die Klimakrise. Dieses Wissen lässt sich über politische Prozesse, also über Wahlen, in politisches Handeln umsetzen.

PAASCH Politische Partizipation ist allerdings umfassender zu denken als nur: Ich trete in eine Partei ein. Es gibt viele Wege. Ich selbst beispielsweise gehöre nicht den Grünen an und kann mich trotzdem für Klimapolitik engagieren.

RICARDA LANG ist seit November 2019 stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vorher war sie zwei Jahre lang Sprecherin der Grünen Jugend.

QUANG PAASCH ist seit 2019 Pressesprecher von Fridays for Future Deutschland und Berlin.

Von Christian Stöcker

Soziale Medien und Öffentlichkeit: Gewinn oder Katastrophe?

Die sozialen Medien sind ein Gewinn für den demokratischen Diskurs

Noch nie hatten so viele Menschen die Möglichkeit, sich so einfach an beliebigen Debatten zu beteiligen, mit freiem Zugriff auf die größte, umfassendste Datenbank an Wissen und Argumenten, die es jemals gab. Und mit potenziell globaler Reichweite für die besten Argumente.

Die sozialen Medien sind eine Katastrophe für den demokratischen Diskurs

Noch nie war es so einfach, Desinformation und Propaganda an ein potenziell riesiges Publikum zu verteilen, verstärkt von automatischen Sortiersystemen, die nicht Wahrhaftigkeit oder Qualität belohnen, sondern Emotionalisierung, Empörung und Wut. Und mit potenziell globaler Reichweite für die schlechtesten Argumente und dreistesten Lügen.

In den vergangenen fünf bis zehn Jahren haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler etliche Probleme der sozialen Medien, ihre potenziell gefährlichen Entwicklungen und Irrwege identifiziert, empirisch verifiziert und in ihren Fachkreisen diskutiert. Nun sind ihre Erkenntnisse im öffentlichen und im politischen Diskurs angekommen.

Ein Beispiel: Im Umfeld der US-Präsidentschaftswahl 2020 begann Twitter, zwei Forderungen in größerem Stil tatsächlich umzusetzen, die Fachleute schon seit Jahren erheben. Zum einen wurden Nutzerinnen und Nutzern, die Artikel weiterreichen wollten, ohne selbst überhaupt auf den Link zu klicken, ein Warnhinweis angezeigt: Wollen Sie das nicht vielleicht zuerst einmal lesen? Außerdem wurden offenkundig falsche Tweets, vor allem solche von reichweitenstarken Accounts, mit – oft immer noch recht weich formulierten – Warnhinweisen versehen: „Diese Behauptung ist umstritten."

Große Sichtbarkeit erreichte diese zweite Maßnahme vor allem dadurch, dass die Betreiber der Plattform die neue Regel erstmals auch auf den damals noch amtierenden US-Präsidenten anwendeten. Fast alle Tweets, die Donald Trump mit der unhaltbaren Behauptung absetzte, Joe Biden verdanke seinen Wahlsieg großflächigem Wahlbetrug, wurden mit entsprechenden Hinweisen versehen. Das Gleiche galt für Desinformation zum Thema COVID-19. Trumps Twitter-Feed verwandelte sich in eine Aneinanderreihung von Warnhinweisen.

Bei Facebook wurden ähnliche Maßnahmen nicht ganz so stringent und weniger rigoros umgesetzt, aber auch hier gab es plötzlich Warnhinweise, und gelegentlich wurden sogar Posts gelöscht. Zum Beispiel im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die zu diesem Zeitpunkt schon weit über 100.000 US-Bürgern das Leben gekostet hatte. Als Trump Anfang Oktober behauptete, die US-Gesellschaft habe „gelernt, mit COVID zu leben" und das Virus sei „in den meisten Populationen weit weniger tödlich als die die Grippe!!!", versah Twitter den Post mit einem Warnhinweis, hier werde „irreführende und potenziell schädliche Information"

verbreitet. Facebook ging einen Schritt weiter und entfernte den Post. Ein Facebook-Sprecher erklärte, man entferne „falsche Informationen über die Gefährlichkeit von COVID-19" und habe den Post deshalb gelöscht.

Die Plattformen trugen mit diesen Maßnahmen, die in Trumps Umfeld für große Wut sorgten, wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung. Stefan Stieglitz und Linh Dang-Xuan, damals beide an der Universität Münster, zeigten beispielsweise schon 2012 und 2013, was in sozialen Medien besonders viel Interaktion, viele Wei-

Was in sozialen Medien besonders viel Interaktion erzeugt, ist schlechte Laune, Zorn, Erbostheit, Entrüstung.

terreichungen und Kommentare auslöst: emotionale, emotionalisierende Inhalte, und zwar häufig solche mit negativer Valenz. Anders formuliert: Was in sozialen Medien besonders viel Interaktion erzeugt, ist schlechte Laune, Zorn, Erbostheit, Entrüstung. Genau die Art von Inhalten also, für die Donald Trump während seiner Präsidentschaft bekannt war.

Google, Facebook und andere monetarisieren Aufmerksamkeitszeit. Nicht Diskursqualität, nicht inhaltliche Qualität und schon gar nicht Wahrhaftigkeit.

Ein Team um Maksym Gabielkov von der Columbia University konstatierte 2015 auf Basis von Twitter-Daten über die Verbreitung von Links zu Artikeln aus diversen großen englischsprachigen Medien: „Es scheint wesentlich mehr Nischeninhalte zu geben, die Leute auf Twitter zu erwähnen bereit, sind als Inhalte, die Leute tatsächlich anzuklicken bereit sind.“ Kurz: Die Nutzerschaft verbreitet Inhalte weiter, ohne sie überhaupt zu kennen, oft nur auf Basis der Überschrift.

Im Jahr 2018 hatte Soroush Vosoughi vom MIT in Boston gemeinsam mit Kollegen gezeigt, dass auf Twitter „Falschnachrichten mehr Menschen erreichten als die Wahrheit“. Die Studie erschien in „Science“, flankiert von einem Appell von 13 Juristen und Politikwissenschaftlern: „Wir müssen unser Informationsökosystem für das 21. Jahrhundert neu gestalten“, hieß es darin, „um die Verbreitung von Falschnachrichten zu reduzieren und die ihr zugrunde liegenden Pathologien anzugehen.“

Trotz aller Warnungen von Fachleuten, trotz aller empirischen Belege für die teils verhängnisvollen Wechselwirkungen zwischen psychologischen Faktoren, User Interface Design mit dem Ziel möglichst anstrengungs- und gedankenloser Interaktion, algorithmischen Sortiersystemen für Inhalte und kommerziell wie politisch motivierter Desinformation ließen sich die Plattform-

betreiber selbst viel Zeit, auf die Stimmen aus der Wissenschaft zu reagieren. Aber im Zuge der Pandemie und im Umfeld der US-Wahl schienen dann plötzlich Dinge möglich zu sein, die vorher stets als zu weit gehende Eingriffe abgelehnt worden waren.

Darin liegt ein Zeichen der Hoffnung: Die Betreiber der großen Plattformen haben, nicht ganz freiwillig und erst nach viel Druck, endlich begonnen, sich ihrer Verantwortung für den öffentlichen Diskurs zu stellen. Das lässt das Grundproblem ihrer Geschäftsmodelle allerdings bislang unangetastet. In Kurzform lässt es sich so zusammenfassen: Google, YouTube, Facebook und andere monetarisieren Aufmerksamkeitszeit – nicht Diskursqualität, nicht inhaltliche Qualität und schon gar nicht Wahrhaftigkeit.

Der erste Schritt muss Aufklärung sein: an Schulen, Hochschulen, in der Erwachsenenbildung und in den Medien.

Die lernenden automatisierten Entscheidungssysteme, die das Herzstück all dieser Plattformen bilden, verfolgen bestimmte Optimierungsziele: Bei Facebook etwa ist es Engagement, ein Verbundmaß aus Likes, Shares und Kommentaren. Bei Google spielen vermutlich über 250 geheim gehaltene Faktoren eine Rolle, als sicher kann aber gelten, dass die Frage, auf welchen Link geklickt wird und wie lange der Nutzer dann auf der Webseite verweilt, die sogenannte Dwell Time, entscheidend ist. Bei YouTube wird erklärtermaßen für Watch Time optimiert, also für die Zeit, die Nutzerinnen und Nutzer insgesamt mit dem Ansehen möglichst vieler Videos hintereinander verbringen.

All diese Metriken sind für die Monetarisierung sinnvoll, aber für die Seriosität der Inhalte gefährlich. Deren Qualität wird nicht kontrolliert, weshalb zumindest ein Teil des Publikums reine Desinformation oder Schlimmeres sieht. Die Lüge ist oft weit interessanter als die Wahrheit. Ein Beispiel: Google brauchte mehrere Jahre, um Websites, auf denen der Holocaust geleugnet wird, wenigstens von der ersten Seite der Suchergebnisse zu verbannen, ob-

wohl solche Inhalte in Deutschland in der Regel rechtswidrig sind. Noch 2016 machte die „Autocomplete“-Funktion der Plattform jemandem, der „ist der Holoc“ ins Suchfenster eintippte, den Vorschlag, auch nach „ist der Holocaust eine Lüge“ zu suchen. Folgte man dem Vorschlag, bekam man eine Trefferseite mit mehreren Links zu Websites von Holocaust-Leugnern. Auch auf Facebook und YouTube lassen sich ähnliche Beispiele finden, mit Links nicht nur zu rechtsextremen Inhalten, sondern auch zu Impfgegnern oder Verschwörungstheorien.

Mit diesem in die Geschäftsmodelle der großen Plattformen eingebauten Problem umzugehen, ist eine schwierige Aufgabe: Solange diese primär Aufmerksamkeitszeit über Werbung monetarisieren, wird sich nichts ändern. Der erste Schritt muss deshalb – wie so oft in einem sich schnell wandelnden Mediensystem – Aufklärung sein: An Schulen, Hochschulen und auch in Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie in den Medien sollte mehr Aufwand und Zeit investiert werden, um über die Funktionsweisen dieser Plattformen, die möglichen Kollateralschäden

und Verzerrungen aufzuklären. Noch immer ist die Auffassung weit verbreitet, dass das, was auf der Suchmaschinen-Trefferseite weiter oben steht, auch das normativ bessere Ergebnis ist. In vielen Fällen ist das aber schlicht falsch, und das Gleiche gilt auch für YouTube-Empfehlungen oder algorithmisch sortierte Twitter- und Facebook-Feeds.

Damit einher geht das Ziel, in jeder und jedem Einzelnen ein Gefühl für die eigene, in den Zeiten der sozialen Medien gewachsene kommunikative Verantwortung zu wecken: Wollen Sie das wirklich teilen? Wollen Sie wirklich mit einem getippten Wutausbruch noch mehr Öl ins Feuer gießen?

Schließlich sollte das, was sich am Beispiel der Warnhinweise und Löschungen im Zusammenhang mit der Pandemie und der US-Wahl zeigte, in einen stetigen, und deutlich schnelleren Prozess überführt werden: Wissenschaftliche Erkenntnisse und vermutlich auch die Beobachtungen geeigneter, noch zu schaffender Aufsichtsgremien müssen weit schneller und effektiver Eingang in Entscheidungen darüber finden, was die Plattformen zeigen, verstärken oder unter Umständen auch löschen. Damit das Internet und seine Plattformen wieder mehr zu einem Gewinn als zu einer Katastrophe für den demokratischen Diskurs werden.

PROF. DR. CHRISTIAN STÖCKER leitet an der HAW Hamburg den Masterstudiengang „Digitale Kommunikation" und mehrere Forschungsprojekte. Zuvor arbeitete er elf Jahre lang in der Redaktion von SPIEGEL ONLINE. Als Experte für Themen der digitalen Öffentlichkeit beriet er u. a. den Bundestag, die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale" und den Thüringer Landtag.

Ein Gespräch mit Eva Schulz & Moritz Müller-Wirth

Diese Generation ist keineswegs nur auf sich selbst bezogen, sie denkt über nachhaltige Perspektiven nach

FRAGE Frau Schulz, mit Ihrer journalistischen Arbeit auf den sozialen Plattformen, die sich an junge Leute richtet, nehmen Sie direkt am Medienwandel teil. Was hat sich da in jüngerer Zeit verändert?

SCHULZ Lassen Sie mich von meinem ersten Blog erzählen, das ich mit 15 Jahren hatte. Jedes Mal, wenn ich etwas reingestellt hatte, erschienen sofort Kommentare darunter. Also habe ich schon während des Schreibens überlegt, wie der Blogbeitrag wohl rezipiert wird. Und das ist das Neue. Ich empfinde dieses Denken, das von der Zielgruppe ausgeht, als große Bereicherung. Wir von Deutschland3000 zum Beispiel machen Politikjournalismus für die 20- bis 29-jährigen und fragen uns permanent: Was sind deren Themen, wie bereiten wir die auf? Wir können ja messen, wen wir erreichen und wie lange die User sich unsere Beiträge anschauen, und wir lesen, wie sie kommentiert werden. Die Leute teilen auch untereinander ihre Perspektiven mit. Wenn wir beispielsweise einen Beitrag über Hartz IV ins Netz stellen, dann melden sich welche und sagen: Ja, mir ging es genauso, oder sie berichten von ganz anderen Erfahrungen, die sie gemacht haben.

Ich sehe Deutschland3000 auf Instagram, aber es gibt ja viel mehr Plattformen, zum Beispiel Twitch, wo sich Gamer treffen und wo sie auch über Politik und Gesellschaft diskutieren, mal sehr bewusst, mal nur nebenher. Auf Twitter sehe ich die weniger.

SCHULZ Twitch ist in der jungen Zielgruppe beliebter als Twitter. Wir Journalistinnen und Journalisten denken ja oft, Twitter sei das große Ding, aber das ist nur ein Teilausschnitt. Es gibt für unsere Inhalte außer Instagram noch weitere soziale Plattformen, deren Teilnehmergruppen sich überschneiden. Das ist eine gewisse Fragmentierung, aber wir verstehen es als eine unserer Aufgaben, diese Gruppen wieder zusammenzubringen.

Nimmt man diese Medienwelt auch bei der ZEIT wahr?

MÜLLER-WIRTH Selbstverständlich! Aber, offen gesagt, das war nicht immer so. Wir sind in lange vergangener Zeit nicht unbedingt dafür bekannt gewesen, unser gedrucktes Angebot an den Bedürfnissen der jungen Generation auszurichten. Heute allerdings gestalten wir den Wandel mit, beispielsweise wenn wir mit unseren Instagram-Abonnenten interagieren – das sind jetzt ungefähr eine Million, Tendenz schnell wachsend. Wir sehen, dass diese Generation auch noch andere Formen von Journalismus als nur den klassischen will. Wir versuchen, das aufzunehmen. Etwa durch die Z2X-Ideen-Festivals von ZEIT ONLINE, das sind große Diskussionsveranstaltungen, auf denen sich Tausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 20 bis 29 Jahren selbst einbringen und von ihren Zukunftsideen und Projekten berichten. Wir experimentieren außerdem im Netz mit unterschiedlichen, auch interaktiven Formaten.

Aber die altbewährten Formen, etwa der sorgfältig argumentierende, reflektierende Artikel oder die gründliche, bis ins Detail vordringende Reportage, haben die noch eine Zukunft?

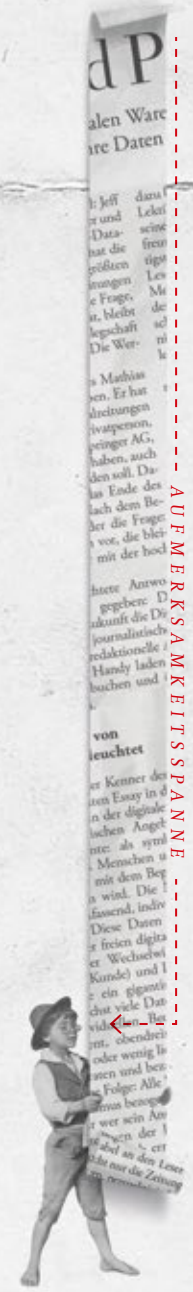
MÜLLER-WIRTH Ich hoffe doch. Wir stellen jedenfalls fest, dass auch und gerade die langen, auserzählten Texte auf ZEIT ONLINE

Wir sehen, dass diese Generation auch noch andere Formen von Journalismus als nur den klassischen will.

mit hoher Frequenz gelesen werden, und zwar von allen Altersgruppen. Wir verzeichnen zurzeit – hoffentlich bleibt es so – große Erfolge unserer Marke und glauben, dass es auch daran liegt, dass wir diesen Formen nicht untreu geworden sind. Und dazu bieten wir mit großer Nachfrage eine neue Form der Langstrecke an, die man nicht lesen, sondern hören kann: den Podcast.

SCHULZ Essay und Reportage existieren heutzutage als Video und Podcast. Ich denke zum Beispiel an die Reportagekanäle von FUNK, mit halbstündigen Beiträgen auf YouTube, und das wird alles angeschaut. Oder nehmen Sie das mittlerweile legendäre Rezo-Video über die CDU: Das war eine knappe Stunde lang Argumentation, sehr persönlich, sehr gründlich. Mit 18 Millionen Aufrufen. Außerdem erreichen Videos und Podcasts auch solche Zielgruppen, die weniger lesen als andere.

MÜLLER-WIRTH Unser „Verbrechen“-Podcast verzeichnet jetzt rund 900.000 Abrufe pro Folge. Drei Viertel der Hörerinnen und Hörer sind unter 35. Solche Podcasts sind eine moderne Form der Reportage.



AUFMERKSAMKEITSSPANNE

Gerade die langen, auserzählten Texte werden mit hoher Frequenz gelesen, und zwar von allen Altersgruppen.

Oder das Rezo-Video: Das war eine Stunde Argumentation. Mit 18 Millionen Aufrufen.

AUFMERKSAMKEITSSPANNE

Der Erfolg widerlegt das Vorurteil von der geringen Aufmerksamkeitsspanne junger Leute.

SCHULZ Der Erfolg der Podcasts gerade in dieser Altersgruppe widerlegt auch das Vorurteil von der geringen Aufmerksamkeitsspanne junger Leute.

Man könnte ebenso an die Videos von Mai-Thi Nguyen Kim denken. Das ist Wissenschaftsjournalismus auf hohem Niveau. Aber lässt sich mit diesen Formen die gleiche Reflexionsstufe erreichen wie mit dem geschriebenen Wort?

SCHULZ Eher noch eine höhere. Es gibt ja unterschiedliche Lerntypen, manche können das Gehörte besser verarbeiten und im Gedächtnis speichern als das Gelesene.

MÜLLER-WIRTH Es könnte auch sein, dass das veränderte Konsum- und Wahrnehmungsverhalten der jungen Generation eine neurologische Entsprechung hat. Früher musste man vor allem lesen, wenn man sich bilden wollte, alles war Lektüre, das ist heute nicht mehr so. Das verändert die Gewohnheiten und auch die Disposition der Sinne.

Bisher haben wir über die junge Generation als Zielgruppe gesprochen. Als Adressaten. Aber wo spricht sie selbst?

SCHULZ Auf den Plattformen. Wir diskutieren viel mit ihr, über ihren Schulalltag beispielsweise oder über die COVID-Pandemie. Aber die Angehörigen dieser Altersgruppen machen auch viel unter sich aus, sind auf TikTok oder in WhatsApp-Gruppen unterwegs.

In den Medien kommen junge Leute während der Corona-Krise überwiegend als frustrierte Partyspießer vor. Stimmt das Bild?

SCHULZ Nein. Sie sind zum großen Teil sehr vernünftig. Erinnern Sie sich an den Video-Ausschnitt aus dem heute-journal, der auf Twitter lief: Eine 20-Jährige hatte sich darüber beklagt, dass sie

nicht auf Partys gehen konnte. Da gab es erst einen Shitstorm und danach eine Debatte, denn eigentlich hatte die Frau etwas sehr Richtiges gesagt. Sie hatte die Maßnahmen zum Infektionsschutz nicht kritisiert, sondern nur zum Ausdruck gebracht, wie es vielen geht, die in diesem Alter sind. Zwischen Schulabschluss und dem sogenannten Ernst des Lebens, wer will denn da nicht durchstarten?

MÜLLER-WIRTH Es ist geradezu verblüffend, wie vernünftig die junge Generation ist. Etwa wie selbstverständlich sich Erstsemester in Zoom-Meetings und WhatsApp-Gruppen organisieren. Und das geht nach meiner Beobachtung durch alle Bildungsschichten. Die Unvernunft sehe ich eher bei den Älteren.

Mit den Fridays for Future hatte sich ja schon angedeutet, dass diese Generation keineswegs nur auf sich selbst bezogen ist, sie denkt über nachhaltige Perspektiven nach.

MÜLLER-WIRTH Eva, wie werden denn die Wirkungen der Corona-Krise in den Netzwerken diskutiert? Werden die Verluste betrauert, gibt es da auch Resignation?

SCHULZ Ich bekomme eher einen gewissen Pragmatismus mit. Neulich habe ich beispielsweise mit einer jungen Frau gesprochen, die Marketing und Medienmanagement studierte und mir sagte: Gut, dass ich mich nicht auf Eventmanagement spezialisiert habe. Und sie überlegt nun ganz sachlich, wie es für sie beruflich weitergehen könnte. Diese Haltung nehme ich häufiger wahr.

Wie ließe sich die Aktivität im Netz für die Herstellung demokratischer Öffentlichkeit nutzen? Von der jungen Generation immer nur zu fordern, sie solle in Parteien eintreten, ist ja etwas steril.

SCHULZ Schauen Sie sich mal die YouTube-Serie „Ehrenpflegas“ des Bundesfamilienministeriums an. Das soll eine Werbung für die Pflegeausbildung sein, besteht aber nur aus Klischees und Kla-

Es könnte sein, dass das veränderte Konsumverhalten der jungen Generation eine neurologische Entsprechung hat.

Früher musste man vor allem lesen, wenn man sich bilden wollte, das ist heute nicht mehr so. Das verändert Gewohnheiten und die Disposition der Sinne.

mauk. Daraufhin haben Studierende von Pflegeberufen, die sich peinlich auf den Arm genommen fühlten, auf YouTube mit „Ehrenministas“ zurückgeschlagen und im Abspann gefordert, man solle in Zukunft die Leute, über deren Beruf man spricht, gefälligst auch einbeziehen. Es lohnt sich wirklich, beides anzuschauen, das ist sehr politisch und konkret.

MÜLLER-WIRTH Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit junger Menschen die Netzplattformen auch dafür nutzen, sich gegen soziale Ungerechtigkeiten auszusprechen. Ich bin sicher, dass man diese engagierte Gruppe in den politischen Diskurs einbeziehen kann – und sollte.

SCHULZ Man muss allerdings genauer hinsehen. Erinnern Sie sich an die schwarze Kachel auf Instagram, die viele Leute am sogenannten Blackout Tuesday gepostet hatten, nach dem Mord an George Floyd? Die Idee bestand eigentlich darin, dass Weiße nur die Kachel posten und dann eine Woche lang nichts anderes, damit die Postings von People of Color mehr Gewicht in den Algorithmen erhalten. Viele haben sich dann aber damit begnügt, die Kachel zu posten, und am folgenden Tag brachten sie dann wieder ihre Fitnessfotos und meinten, das sei bereits Aktivismus für die gute Sache gewesen. Aber ein politischer Akt war das noch nicht.

MÜLLER-WIRTH Die Offenheit für Politik und für Engagement im besten Sinne scheint jedenfalls da zu sein. Vielleicht unterscheidet das die junge Generation Z von der etwas älteren Generation Y, den sogenannten Millennials, die als Letzte mit dem neoliberalen Zeitgeist der 90er-Jahre groß geworden sind.

SCHULZ Stimmt! Das hat sich in sehr kurzer Zeit herausgebildet. Ich habe im Jahr 2017 unser Videoformat Deutschland3000 gestartet, da gab es diese Offenheit noch nicht. Wenn man damals YouTuber gefragt hat, ob sie etwas zur Bundestagswahl machen wollen, dann hieß es höchstens, na ja, ich könnte mal zur Wahl aufrufen, aber ich würde mich nicht positionieren. Das hat sich jetzt um 180 Grad gedreht, die Leute beziehen Stellung.

Was halten Sie von Onlinepetitionen?

SCHULZ Ich erinnere zum Beispiel an die Petition für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Tampons. Die Forderung wurde massiv durch Instagram und Twitter getragen, kam im Bundestag auf die Tagesordnung und setzte sich durch.

MÜLLER-WIRTH Eva, würdest du sagen, dass sich junge Leute Freizeitmedien aneignen, um mit ihnen politische Inhalte zu transportieren?

SCHULZ Das sollte man nicht überbewerten, aber es ist möglich, ja. Zu Anfang waren soziale Netzwerke nur für die jeweilige Peergroup da, heute sind sie so etwas wie die Mode: Man zeigt sich öffentlich, will sich darstellen. Meine Wohnung, mein Sport, mein Urlaub, mein Essen. Die Leute wollen wahrgenommen werden, vergleichen ihre Abrufzahlen untereinander.

Ist das nicht auch eine Instrumentalisierung von Sozialkontakten?

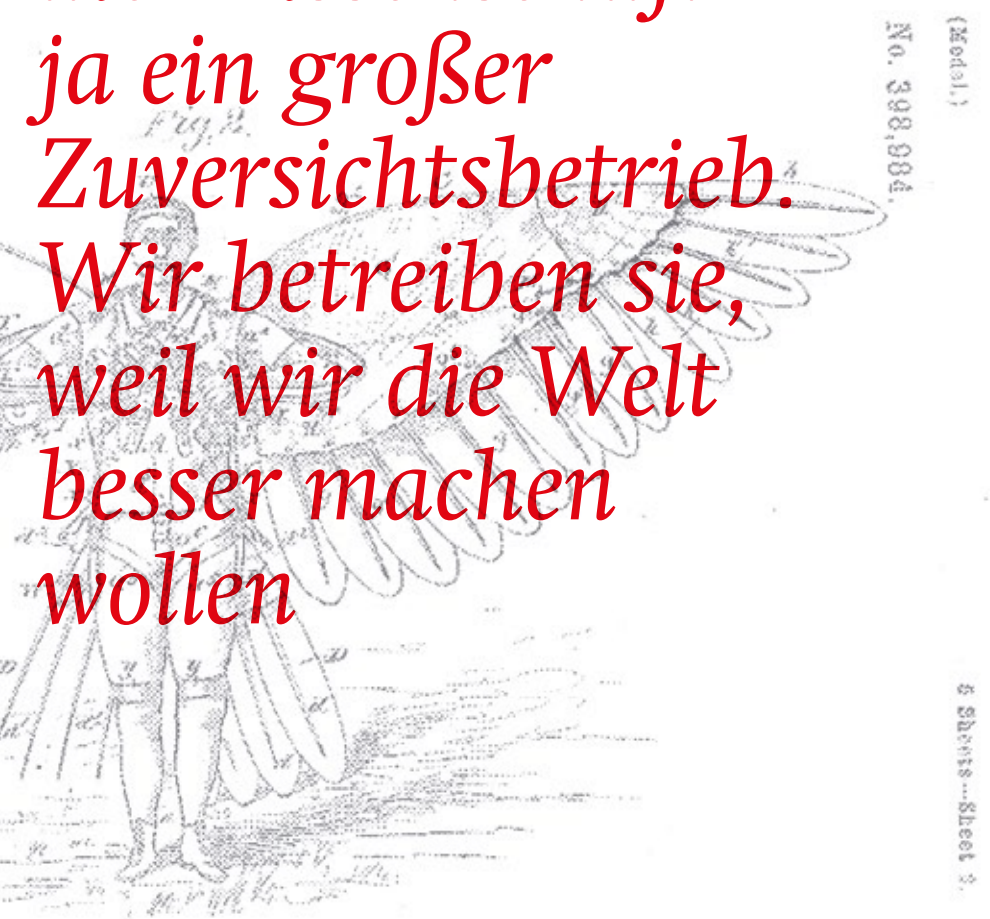
SCHULZ Ja, ich habe neulich mit einer gesprochen, die mir sagte: Ich schreibe einer bestimmten Person auf Snapchat nur noch, um den Streak aufrechtzuerhalten, also den täglichen Kontakt, der auf der Plattform mit Punkten belohnt wird. Aber politisch zu sein ist für viele Leute ein Teil der Selbstinszenierung. Heute gehört es in manchen Influencer-Kreisen zum guten Ton, dass man ein, zwei Themen hat, für die man sich einsetzt. Das ist neu.

EVA SCHULZ ist Journalistin und Moderatorin. Sie verantwortet den Video- und Podcast-Kanal Deutschland3000, der auf Social Networks wie YouTube, Facebook und anderen spielt.

MORITZ MÜLLER-WIRTH ist stellvertretender Chefredakteur der ZEIT und vielfacher Buchautor. Seine vorherigen journalistischen Stationen waren der Tagesspiegel, FOCUS und die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Ein Gespräch mit Andreas Lebert

Eigentlich ist die Wissenschaft ja ein großer Zuversichtsbetrieb. Wir betreiben sie, weil wir die Welt besser machen wollen



FRAGE Herr Lebert, wie verändert sich in der gegenwärtigen Pandemiezeit der Status der Wissenschaften in der Öffentlichkeit?

LEBERT Er hat sich verbessert, und zwar insofern, als die Relevanz der Wissenschaften begreifbarer geworden ist. Die aufgeklärte Mehrheit der Gesellschaft hat durchaus das Gefühl, dass es uns guttäte, wenn wir mehr wüssten.

Da werden Wissensdefizite spürbar?

Eigentlich brauchen wir alle ein bisschen Mathe-Nachhilfe. Derzeit ist es beispielsweise hilfreich, wenn man weiß, was eine Exponentialfunktion ist und wie man mit Statistiken umgehen sollte. Genauso wie es hilft, die Digitalisierung zu begreifen, wenn man etwas über Programmierung weiß und auch deren Grundzüge beherrscht.

Hat das nicht auch eine politische Dimension?

Na klar, die Pandemie, die Klimakrise, die Digitalisierung wirken sich auf unser gesellschaftliches Leben aus, und die Öffentlichkeit hat jetzt verstanden, dass man Kenntnisse braucht, um an der politischen Debatte teilzunehmen. Was die Öffentlichkeit erst im Begriff ist zu verstehen, und noch nicht ganz verstanden hat, ist dies: Die Wissenschaft ist nicht die Methode der Antworten, sondern die Methode der Fragen.

Wenn sie gut ist, stellt sie die richtigen Fragen und findet deswegen vorübergehende Antworten, die allerdings einer permanenten Aktualisierung unterworfen bleiben.

Versteht die Politik diesen Unterschied?

Die Politik hat da massive Schwierigkeiten. Eigentlich ist die Wissenschaft ja ein großer Zuversichtsbetrieb. Wir betreiben sie, weil wir die Welt besser machen wollen. Aber die Politik tendiert dazu, die Wissenschaft zur Antwortmaschine zu reduzieren. Wenn irgendwo ein Risiko besteht, holt man sich eine Expertise zum Stand der Dinge. So gerät der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin schnell in die Rolle derer, die beständig die Apokalypse ausmalen. Im Vergleich dazu ist es geradezu tröstlich, wenn man den Pressekonferenzen des Robert-Koch-Instituts zuschaut und feststellt, wie viel differenzierter die Forscher an ihren Themen arbeiten.

Die Wissenschaft ist nicht die Methode der Antworten, sondern die Methode der Fragen

Die Rezeption der Wissenschaft durch das Publikum ist intensiver geworden. Nur findet sie notgedrungen in vorwissenschaftlicher Form statt. Welche Auswirkungen hat das?

Das ist die Schattenseite. Die Leute stellen in der Corona-Krise fest, dass in der Wissenschaft zu ein und derselben Zahl zwei verschiedene Interpretationen möglich sind, oder auch 42, und sie erleben, dass diese Zahl eine Woche später nicht mehr die gleiche Bedeutung hat wie heute, und dann gibt es auf einmal eine andere Zahl, diesmal mit 420 Interpretationen – da schwirrt der Kopf und der Wahrheitsbegriff verschwimmt. Der verheerende Schluss daraus lautet dann: Was ich selbst dazu meine, hat genauso Gültigkeit, ist auch ein Teil der Wahrheit. So entsteht ein Weltbild und ein Bild des Wahrheitsgewinns, in dem das Ich die zentrale Rolle spielt.

Und die wissenschaftliche Auseinandersetzung wird mit dem Wechselspiel der Meinungen in einer pluralistischen Gesellschaft verwechselt.

Ja, und in der Klimadebatte führt es beispielsweise dazu, dass jeder irgendetwas behaupten kann, und dass er verlangt, damit ernst genommen zu werden.

Wie sollte man als Journalist mit wissenschaftlichen Minderheitspositionen umgehen?

Man muss zu allererst die Methode der Wissenschaften erläutern. Dass ihre Ergebnisse Momentaufnahmen auf dem Weg zu einer Erkenntnis sind, die niemals final ist. Infolgedessen gibt es in der Forschung unterschiedliche Ansätze, Methoden, Strategien, Bewertungen. Wie ich als Journalist mit ihnen umgehe, hängt dann sehr vom Sujet ab. Es gibt Gebiete, auf denen man schon viel oder doch einiges weiß, und da hilft es dem Verstehen nicht, wenn ich zu allem noch irgendwo eine Gegenposition hervorsuche. Wenn allerdings ein neues Phänomen auftritt oder eine neue, von vielen diskutierte These, dann hat es natürlich Sinn, die unterschiedlichen Positionen abzubilden.

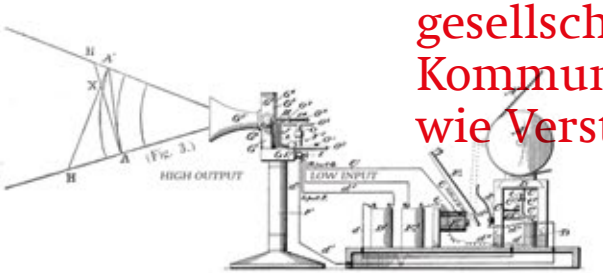
Gute Wissenschaft schließt die Praxis ein, die Grenzen des eigenen Wissens zu thematisieren, sie sind ja auch das Interessanteste. Die Konsens-Papiere des Klimarats IPCC zum Beispiel führen seitenlang die Unsicherheiten und offenen Fragen auf.

Ja, und wenn wir Journalisten die Wissenschaftler befragen, dann müssen wir auch immer wieder die Frage stellen: Wo liegen die Schwächen Ihres Vorgehens? Nehmen Sie die Quantenphysik: Da gibt es bewährte Theorien, aber eben auch Schwächen. Nur sind diese Schwächen nicht „andere Stimmen“ oder „alternative Meinungen“, sondern eben Unvollkommenheiten im Prozess der Erkenntnis. Gute Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können die auch benennen. Der Virologe Christian Drosten zum Beispiel weist geradezu hartnäckig auf Wissenslücken und Probleme hin, deswegen hat er ja dieses Standing.

Wie beeinflussen die digitalen Technologien die Kommunikation über Wissenschaft?

Die digitalen Techniken wirken in der gesellschaftlichen Kommunikation wie Verstärker. Das ist in etwa so wie mit dem Aufkommen der E-Gitarre. Das Saiteninstrument wurde mit Tonabnehmer und Verstärker versehen, wodurch es ein anderes wurde und die

Die digitalen Techniken wirken in der gesellschaftlichen Kommunikation wie Verstärker.

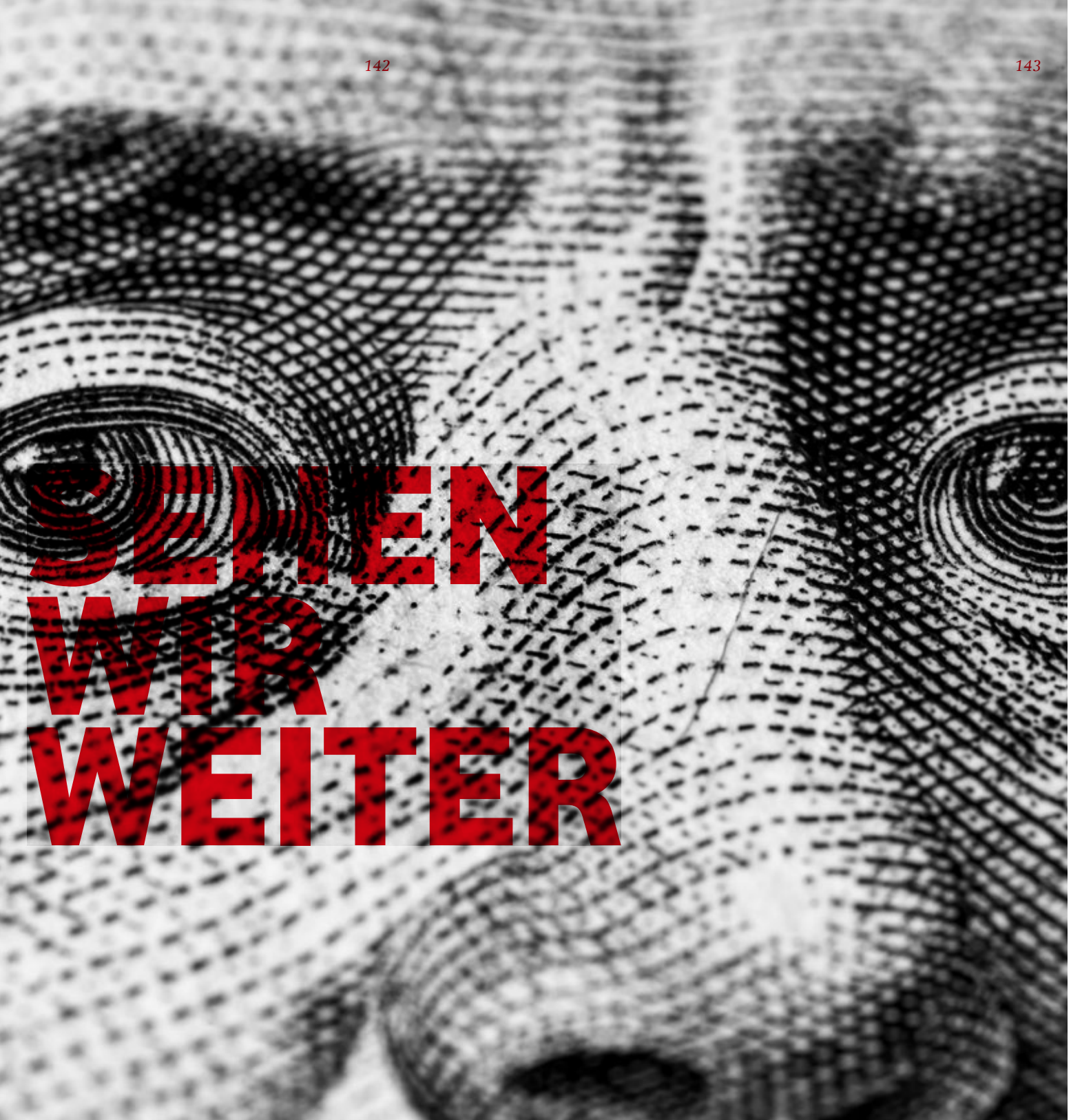


Musik veränderte. Zum Guten, aber auch zum Schlechten, bis hin zu grauenvollem Lärm. Die digitalen Technologien verändern ebenfalls die Kommunikation. An manchen Tagen denke ich, sie spielen eine gute Rolle, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik, weil sie das Zusammenwirken von Intelligenz befördern. Aber auch das von Dummheit, und dann kräht ein jeder: Ich habe aber diese oder jene Meinung zu einem wissenschaftlichen Thema.

Mittlerweile publizieren viele Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse auf frei zugänglichen Servern und die Qualitätskontrolle setzt erst danach ein. Für die Forschung hat das Vorteile, der Prüfprozess wird transparenter. Aber wie wirkt sich diese Praxis auf die öffentliche Rezeption der Wissenschaft aus?

Dass die Wissenschaft zugänglicher und der Forschungsprozess transparenter wird, ist natürlich gut. Aber dann schnappt sich der Hospitant einer Tageszeitung irgendein Paper, ohne die Absender einschätzen zu können und bevor die Scientific Community es geprüft hat, und er sagt sich: Ist ja interessant, das stelle ich jetzt mal der Leserschaft vor. Das ist die Gefahr, dass jede Qualitätskontrolle wegfällt, auch die journalistische. Was dagegen hilft? Ein besseres Verständnis des Forschungsprozesses, würde ich sagen. Und es täte den Journalisten gut, auch im Feuilleton und im Politikressort, wenn sie sich regelmäßig über den Stand einiger Naturwissenschaften fortbilden würden.

ANDREAS LEBERT ist Publizist, Buchautor und seit 2013 Chefredakteur von ZEIT WISSEN. Er gründete, konzipierte und leitete zuvor mehrere Zeitschriften. Er ist seit 2015 Beirat der Vodafone Stiftung Deutschland.



Die Macher:innen hinter diesem Buch

DR. JOHANNA BÖRSCH-SUPAN ist Leiterin Strategie und Programm der Vodafone Stiftung und der kreative Kopf hinter diesem Buch. Sie hatte die Idee, einige der vielen klugen Köpfe, die die Vodafone Stiftung unterstützen, beraten und begleiten, zu diesem außergewöhnlichen Jahr sprechen und schreiben zu lassen.

INGER PAUS ist Vorsitzende der Geschäftsführung der Vodafone Stiftung und findet, dass man Krise als Chance begreifen sollte. Und dass man gerade jetzt gar nicht genug darüber streiten kann, wie wir unsere Zukunft gestalten sollten.

GERO VON RANDOW ist Journalist und ehemaliger Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT. Er hatte große Freude daran, die Gespräche für dieses Buch zu führen und hat alle Texte schön geschliffen.

Wir danken allen Autor:innen und Interviewpartner:innen für ihre offenen Worte und das Teilen ihrer Gedanken und Ideen. Allen Leser:innen wünschen wir viel Vergnügen mit den Denkanstößen, Meinungen und Provokationen zum Thema „Chancen denken".

Über die Vodafone Stiftung Deutschland

Die digitale Welt aktiv zu gestalten, erfordert neue Kompetenzen. Wir müssen neue Technologien verstehen, Veränderungen kritisch hinterfragen und gemeinsam kreative Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schaffen. Deshalb denkt die Vodafone Stiftung Bildung für die digitale Gesellschaft neu. Gemeinsam mit Vorreitern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft forschen wir, engagieren uns in gesellschaftspolitischen Debatten und entwickeln innovative Bildungsangebote.

www.vodafone-stiftung.de

Herausgeberin

Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH
Ferdinand-Braun-Platz 1
40549 Düsseldorf
info@vodafone-stiftung.de
www.vodafone-stiftung.de
Verantwortlich: Inger Paus

Projektleitung

Dr. Johanna Börsch-Supan

Interviews und Textredaktion

Gero von Randow, Laura Schubert

Lektorat

Katja Lange, www.richtiggut.com

Gestaltung und Illustration

Nick Böse, www.nick-boese.de

Bildnachweis

istockphoto.de: Iryna Imago (S. 2, 9, 48), mediaphotos (S. 8), Pekic (S. 8), pinstock (S. 9), clu (S. 26), duncan1890 (S. 52, 55, 57), Tetiana Garkusha (S. 59), NosUA (S. 75), VPanteon (86, 87)

Wir verbeugen uns außerdem vor den vielen Künstler:innen aus vier Jahrtausenden – vom antiken Griechenland bis zum modernen Hongkong –, deren gemeinfreien oder frei nutzbaren Werke diese Publikation bereichern.

Druck

Das Druckhaus Print und Medien GmbH

© Vodafone Stiftung Deutschland,
Februar 2021

Mit Denkanstößen von *Hannes Ametsreiter, Julius de Gruyter, Udo Di Fabio, Birgit Eickelmann, Thomas Gegenhuber, Verena Knoblauch, Ricarda Lang, Kai Lanz, Andreas Lebert, Johanna Mair, Moritz Müller-Wirth, Quang Paasch, Verena Pausder, Eva Schulz, Christian Stöcker und Monika Wulf-Mathies*

Vodafone
Stiftung
Deutschland